

Perspektiven

Das Magazin der Metall- und Elektro-Industrie

04|2025

Vizekanzler a.D.

Franz Müntefering
(SPD)

über Demografie,
Demokratie und
Sozialstaat

VON DER KRISE ZUR REFORM

Wie muss der
SOZIALE AUSGLEICH
in der Sozialen
Marktwirtschaft
gestaltet sein?
Gesamtmetall
stellt Ansätze
und Lösungen vor

»Im Frühjahr gibt es keine Ausreden mehr.«

Carsten Linnemann MdB, Generalsekretär der CDU, spricht im Interview
über dringend notwendige Reformen in schwierigen Zeiten.





PERSPEKTIVEN. Der Titel des Magazins der Metall- und Elektro-Industrie ist ein **VERSPRECHEN**: Es geht um **STANDPUNKTE, MEINUNGEN** und **STIMMEN** der M+E-Arbeitgeber, aber auch um **ANDERE BLICKWINKEL** auf das, was bewegt. **GESAMTMETALL** wünscht Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

03 KOMMENTAR

Der ehemalige Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) über die Chancen der Demografie

04 AGENDA

Meldungen und Standpunkte aus Wirtschaft, Politik und M+E-Industrie

06 AMTSNIEDERLEGUNG

Dr. Stefan Wolf verabschiedet sich nach fünf Jahren aus dem Amt an der Verbandsspitze

06 BILDUNG

Verbindliche messbare Bildungsziele

07 SICHT:WEISE

Soll die Haltelinie der gesetzlichen Rentenversicherung fallen?

08 TITELTHEMA

Wie lässt sich das Erfolgsmodell des deutschen Sozialstaats erneuern? Was sind die zentralen Grundsätze, auf denen er beruht – und wie muss der soziale Ausgleich gestaltet sein?

22 DEBATTE

Carsten Linnemann, MdB und Generalsekretär der CDU, spricht über einen historischen Wendepunkt, an dem Deutschland steht; und Ökonom Prof. Dr. Martin Werding ordnet ein, warum es der Politik aktuell an Mut fehlt

28 DEUTSCHLAND

BESSER MACHEN

Wie kann der Luftverkehrsstandort Deutschland verbessert werden?

31 PERSONALIE UND BILDUNG

Nachruf auf Prof. Dr. Eckhard Kreßel und eine Quizfrage zur Zugkraft eines Spinnenfadens

32 PERSPEKTIVE

Konjunktur: Trend zeigt weiter nach unten

34 RETROSPEKTIVE

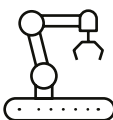
Was wurde aus dem Pflegezeitgesetz?

36 35 34 IMPRESSUM

KARIKATUR

ZITAT

Konjunktur: Die M+E-Industrie erlebt ein historisches Tief, die Produktion ist seit zehn Quartalen in Folge rückläufig. **S. 32**



Demokratie muss die Demografie nutzen

WAS MEINEN SIE, HERR MÜNTEFERING? Demokratie und Demografie sind Geschwister: Nur wenn wir die Erkenntnisse der Demografie nutzen, bleibt unser Sozialstaat gerecht, zukunftsfähig und menschlich. Es gilt, mutig zu handeln – sofort, meint Vizekanzler a. D. Franz Müntefering (SPD).

Auf dem Planet Erde, auch in Deutschland, hat sich im Laufe der Zeit viel verändert, vor allem durch menschliches Handeln. Nützliches und Schädliches. Die Demokratie ist dabei – das ist sehr gut – Vorzeigziel und -Realität geworden. Das verschafft ihr stabile Sympathie bei allen Gutwilligen. Die Demokratie als Staats- und Lebensform ist Hoffnung und Ziel vieler Menschen geworden. Sie steht auf Platz eins. Die Demografie ist Maßstab, Statistik. Orientierend hilfreich für die erstrebte Balance; wer nicht an Wunder glaubt, holt sich bei ihr gerne Rat im Blick zurück bis zum Blick weit in die Zukunft.

Fürsorgerische medizinische Fortschritte haben dazu beigetragen, Kindersterblichkeit weltweit zu reduzieren und die Lebenserwartung der Menschen generell anzuhähen. Auch dadurch steigt die Zahl der lebenden Menschen. Die Zahl der Geburten und die Lebenserwartung bestimmen nun die Zahl der lebenden Menschen. Aber nicht komplett. Denn Kriege und Katastrophen, Seuchen und Hunger sowie Lücken in der medizinischen Versorgung sind immer noch Ursache für zahlreiche Tote weltweit, weniger bei

uns. Man kann sagen: Mangelnde Solidarität und andere Fehleranfälligkeit generell bleiben Lebensgefahr für viele.

Demografie nutzen, Zukunft gestalten

EU-Europäer der jüngsten 80, 90 Jahre haben ein gutes Los gezogen, was die Chance auf hohe Lebensdauer angeht. Und, auch wahr: Nicht für alle geht das Älter- oder Ganz-alt-Werden mit Erhaltung der Lebensqualität einher, vielmehr drohen Einschränkungen und Verluste: schrumpfende persönliche Kontakte, wachsende Einsamkeit, erhöhte Sturzgefahr, zunehmender Pflegebedarf. Viele haben unzureichende Rente und Rücklagen, manche teure, teils zu große Wohnungen, während die Gesundheitskosten steigen. Latente Übel, teils brutal. Trotzdem gibt es eine breite Zustimmung: Alt- und Ganz-alt-Werden sind Fortschritte und bringen auch Freude mit sich. Der Sozialstaat und die Demokratie schaffen dafür wesentliche Voraussetzung, und deshalb brauchen wir sie weiterhin in guter Form.

Vor rund 35 Jahren, Anfang der 90er, sahen Union und SPD Handlungsbedarf für eine Pflegeversicherung im Rahmen unseres Sozialversicherungssystems. Norbert Blüm (CDU) und Rudolf Dreßler (SPD) waren die besonders engagierten Verhandler und Antreiber. Teils gegen massiven Widerstand. Lob und Dank den beiden. Wo wären wir ohne diese Pflegeversicherung?! Jetzt sollten die nächsten 30 bis 40 Jahre konkret stabilisiert werden. Das erfordert Mut, aber der lohnt sich. Und er eilt sehr!!! Die Regeln für das nächste Jahrhundert müssen nicht jetzt schon geklärt werden.

Allerdings: Rechtzeitige gründliche Vorbereitung auf das letzte Lebensdrittel wäre sicher nützlich, was Altersthemen in ganzer Breite angeht. Denn noch wird manches verstopft, was besser zu machen wäre. Deutschland kann aus den Erfordernissen, die diesbezüglich kommen, etwas Gutes machen. Dazu muss die Demokratie die Demografie nutzen und die nötigen Schritte einleiten. Nicht vielleicht oder irgendwann. Dringend!

GASTAUTOR: Franz Müntefering
WOHNORT: Berlin
BERUF: Politiker
BERUFUNG: Sagen, was Sache ist



In acht Tagen um die Welt mit einem deutschen E-Auto

Mercedes zeigt, was Elektroautos heute schon leisten können – 40.075 km auf der Rennstrecke.



Jules Verne ließ seinen Helden in 80 Tagen um die Erde reisen – Mercedes-AMG schafft das in acht. Auf der legendären Teststrecke von Nardò in Süditalien haben zwei elektrische Konzeptfahrzeuge vom Typ AMG GT XX das scheinbar Unmögliche vollbracht: 40.075 Kilometer in sieben Tagen, 13 Stunden und 24 Minuten. Einmal um den Äquator. Was einst Abenteuerroman war, ist heute Hightech-Realität. Mit drei Axialflussmotoren und über 1.360 PS jagten die AMG-Prototypen unentwegt mit bis zu 300 km/h über die kreisrunde Piste, bei Temperaturen über 40 Grad. Möglich wurde das durch ein eigens entwickeltes Ladesystem mit 900 kW Leistung – genug, um in fünf Minuten rund 400 Kilometer Reichweite nachzutanken. **Der AMG GT XX stellte mehrere Weltrekorde auf:** So legte das Fahrzeug in 24 Stunden – inklusive Ladestopps – 5.479 Kilometer zurück und übertraf den bisherigen Rekord um 1.500 Kilometer. Mercedes plant nun den neuen Axialflussmotor und die schnelle Hochvoltbatterie im Serienmodell AMG GT einzusetzen.

Mindestlohnrichtlinie

EuGH kippt zentrale Punkte

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 11. November 2025 die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union in zentralen Punkten aufgehoben und damit ein klares Stoppsignal gesetzt. Für einheitliche Lohnuntergrenzen in der EU fehlt der Europäischen Kommission die Zuständigkeit. **Die Lohnfestsetzung bleibt damit vollständig in nationaler Gestaltungshoheit.** Für Deutschland heißt das: kein europäischer Zwang zu weiteren Eingriffen in das Mindestlohngesetz. In ihrer ausführlichen Urteilsbegründung erklärten die Luxemburger Richter, die EU habe mit verbindlichen Kriterien für die Festsetzung und Aktualisierung von Mindestlöhnen sowie mit Vorschriften zur Verhinderung von Lohnabsenkungen bei automatischer Indexierung ihre Kompetenzen überschritten. Damit folgt das Gericht in zentralen Punkten dem Antrag des klagenden Königreichs Dänemark. Die Entscheidung gilt als wichtiger Eckpfeiler für die Wahrung nationaler Zuständigkeiten in der Sozialpolitik. Der EuGH stellt damit noch einmal klar: Nach Artikel 153 Absatz 5 AEUV hat die EU keine Zuständigkeit für die direkte Lohnfestsetzung. Aus Arbeitgebersicht ist das Urteil des EuGH daher zu begrüßen, auch wenn die Richtlinie nicht, wie vom Generalanwalt Emiliou vorgeschlagen, vollständig aufgehoben wurde. **Die Entscheidung stärkt die Rolle der nationalen Sozialpartner und die deutsche Tarifautonomie.** Die Debatte um soziale Mindeststandards bleibt damit auf nationaler Ebene verankert – ein Sieg für Subsidiarität und demokratische Selbstbestimmung in der EU.



INSM

Starke Stimme

Gesamtmittel gratuliert: Die INSM wird 25 – und hat in dieser Zeit Maßstäbe gesetzt für eine kraftvolle Soziale Marktwirtschaft. Bei der Jubiläumsfeier am 18. September in Berlin waren unter anderem INSM-Geschäftsführer **Thorsten Alsleben**, Gesamtmittel-Präsident **Dr. Stefan Wolf**, der bayerische **Ministerpräsident Dr. Markus Söder**, **VBW-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt** und Gesamtmittel-Hauptgeschäftsführer **Oliver Zander**. Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 hat die INSM mit Kampagnen, Debatten und Studien Themen wie generationengerechte Rente, Bürokratieabbau, nachhaltige Finanzen und effizienten Klimaschutz auf die Agenda gebracht. Mit Formaten wie dem Wirtschaftswarntag, kreativen Projekten wie dem Bürokratie-Museum und dem Marktwirtschaftsbarometer als Spiegel der Gesellschaft zeigt INSM Haltung – unbequem, zielstrebig, relevant. Auch den Politik-Award hat die INSM im Jahr 2025 gewonnen. Auf die nächsten 25 Jahre, in denen Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung weiter Teil der Mission bleiben!

Nachhaltigkeits-Omnibus

Einigung in Aussicht

Im März 2025 legte die EU-Kommission ihren Vorschlag vor, um die Vorgaben der Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie und der Lieferketten-Richtlinie zu vereinfachen. Die Mitgliedstaaten konnten sich schon im Sommer auf eine ambitionierte Position einigen, im Europäischen Parlament verzögerte sich das Verfahren. Ein Anfang Oktober gefundener Kompromiss war überraschend geplatzt, es musste nachverhandelt werden. Am 13. November wurde nun eine Position im Plenum des Parlaments abgestimmt, die inhaltlich nah an der Position der Mitgliedstaaten ist. Vorgesehen sind u. a. eine **Begrenzung des Anwendungsbereichs der Lieferketten-Richtlinie auf Unternehmen mit mindestens 5.000 Beschäftigten** und das Streichen der europäischen Vorgaben zur zivilrechtlichen Haftung. Eine schnelle Einigung zwischen Parlament und Mitgliedstaaten auf den finalen Text ist nun wahrscheinlich, womöglich noch als Weihnachtsgeschenk.

InfoTruck

Berufsorientierung

Am 12. und 13. September war Gesamtmittel mit dem M+E-InfoTruck beim Bürgerfest von **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier** vertreten. Rund 4.000 Bürgerinnen und Bürger waren eingeladen, darunter zahlreiche Vertreter aus Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Mit dem InfoTruck präsentierte Gesamtmittel seine Nachwuchskampagne „What about ME – Steig ein in die Zukunftsindustrie“ und zeigte, wie Berufsorientierung aussehen kann: interaktiv, lebensnah, zukunftsorientiert. Im Truck informierten sich Besucher über Berufe und Technologien der M+E-Industrie, probierten Exponate aus und entdeckten Zukunftsthemen. Ein Höhepunkt war der Empfang von Bundespräsident Steinmeier im Schloss Bellevue mit **Indra Haderl**, Geschäftsführerin für Bildung und Internationale Beziehungen, sowie **Sven-Uwe Räß**, Abteilungsleiter Bildung bei Gesamtmittel. In Gesprächen mit Vertretern aus Politik, Bildung und Gesellschaft wurde deutlich, wie wichtig es ist, junge Menschen für technische Berufe zu begeistern und ihnen Perspektiven aufzuzeigen. Die Teilnahme am Bürgerfest war ein starkes Signal für die Bedeutung der Bildungsinitiativen von Gesamtmittel. Der M+E-InfoTruck wurde von vielen Gästen als innovatives Beispiel für gelungene Berufsorientierung wahrgenommen und als Beleg für wirksame Nachwuchssicherung.





Amtsniederlegung vom Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf

„Unermüdlicher Einsatz für die Branche“

Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf wird zur Mitgliederversammlung im Juni 2026 nicht erneut zur Wahl antreten und sein Amt mit sofortiger Wirkung zur Verfügung stellen. Mit diesem Schritt möchte Dr. Wolf kurzfristig den Weg für einen Nachfolger frei machen. Er begründete seinen Schritt mit den Vorbereitungen auf die Tarifrunde 2026. Dr. Wolf war rund 20 Jahre in führender Verantwortung in den Arbeitgeberverbänden tätig, davon seit 2020 als Präsident von Gesamtmetall, und somit maßgeblich an der Gestaltung und Weiterentwicklung der Metall- und Elektro-Industrie beteiligt. Das Präsidium von Gesamtmetall zeigte großen Respekt vor dieser persönlichen Entscheidung von Dr. Wolf. Die Vizepräsidenten erklären dazu: „Wir möchten uns, auch im Namen unserer Mitgliedsverbände, der Unternehmen und der Beschäftigten der Branche, bei Stefan Wolf ausdrücklich für seinen unermüdlichen Einsatz für Gesamtmetall und seine Mitgliedsverbände bedanken. Sein Handeln als Präsident war geprägt von Einsatz, Empathie und Geradlinigkeit, die darauf gerichtet war, die Interessen unserer Branche stets wirkmächtig zu vertreten.“

Bildung

Verbindliche, messbare Bildungsziele

Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2024 zeigen: Das deutsche Bildungssystem verliert an Leistungsfähigkeit. Ein Drittel der Neuntklässler verfehlt die Mindeststandards in Mathematik, ein Viertel in Chemie. Für die Wirtschaft bedeutet das: weniger ausbildungsfähige Schulabgänger und eine Verschärfung der Fachkräftelücke. Der Koalitionsvertrag vom Mai 2025 setzt daher auf verbindliche, messbare Bildungsziele als Grundlage für eine datengestützte Qualitätsentwicklung. Verbindliche Bildungsziele bedeuten, dass sich alle Schulen und Lehrkräfte an **klar definierte Kompetenzziele** halten müssen. Messbar heißt, dass es Daten gibt, mit denen überprüft werden kann, ob diese Ziele erreicht wurden, zum Beispiel durch Tests oder Lernstandserhebungen. Ein flächendeckendes Bildungsmonitoring sorgt dafür, dass diese Daten systematisch erhoben und ausgewertet werden. So lassen sich Lernstände erfassen, Fortschritte sichtbar machen und gezielte Fördermaßnahmen ableiten – als Grundlage für mehr Bildungsgerechtigkeit. **Hamburg gilt als Vorreiter:** Seit den 1990er-Jahren erhebt die Stadt systematisch Daten zur Lernentwicklung. Dieser Hamburger Sozialindex ermöglicht eine sozial differenzierte Förderung. Die Verantwortung für die Datenauswertung liegt bei speziell geschultem Personal, sodass Lehrkräfte entlastet und professionell unterstützt werden. Die Grundstruktur des Hamburger Modells ließe sich auf andere Bundesländer übertragen. Eine Standardisierung sowie der Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz können dabei helfen, den Aufwand für Schulen und Lehrkräfte so gering wie möglich zu halten. Damit verbindliche, messbare Bildungsziele nicht nur auf dem Papier stehen, braucht es eine **klare Umsetzungsstrategie**. Dazu gehören verständlich formulierte Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen, digitale Instrumente zur regelmäßigen Erfassung und Auswertung von Lernständen sowie Fortbildungen und schulinterne Teams, die Lehrkräfte bei der Umsetzung unterstützen. Wichtig ist auch, dass Schulen datenbasierte Feedbackprozesse etablieren, etwa durch Lernstandserhebungen, Schülerfeedback oder kollegiale Hospitationen. Am Ende geht es darum, dass jede Schule weiß, wo sie steht, wo sie hinwill und wie sie dorthin kommt. Für Schülerinnen und Schüler bedeutet das mehr individuelle Förderung, mehr Transparenz über Lernziele und bessere Chancen auf Bildungserfolg.

Die bundesweite Einführung evidenzbasierter **Schulentwicklung ist eine gemeinsame Aufgabe aller bildungspolitischen Akteure**. Gesamtmetall begrüßt, dass Bundesbildungsministerin Karin Prien das Konzept „Bessere Bildung 2035“ weiterverfolgt. Ein regelmäßiger bildungspolitischer Dialog zwischen Bund und Ländern sowie die gemeinsame Festlegung verbindlicher Bildungsziele sind zentrale Schritte für eine leistungsfähige und gerechte Bildungslandschaft.

Soll die Haltelinie der gesetzlichen Rentenversicherung fallen?

Was es braucht, um eine zukunftsfähige und gerechte Altersvorsorge zu schaffen, diskutieren drei Experten anhand der Haltelinie der gesetzlichen Rentenversicherung.



»Wegen versäumter Reformen stehen wir heute unter großem Handlungsdruck.«

Pascal Reddig

Vorsitzender Junge Gruppe CDU/
CSU-Fraktion

Vergangene Regierungen hielten an der „doppelten Haltelinie“ für Beitragssatz und Rentenniveau fest, versäumten aber strukturelle Reformen, um diese langfristig zu sichern. Dies bringt uns heute in enormen Handlungsdruck und dazu, dass wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, übergangsweise das Rentenniveau – finanziert durch Bundesmittel – bis 2031 bei 48 Prozent zu stabilisieren. Dazu stehe ich. Vor allem muss es uns aber darum gehen, nicht nur das Rentenniveau, sondern das Rentensystem als Ganzes stabil aufzustellen. **Die Rentenkommission muss nun eingesetzt und tiefgreifende Reformen rasch beschlossen werden.** Nur so kann die erste Säule auch in Zukunft eine verlässliche Absicherung im Alter gewährleisten, ohne dabei Beitragszahler oder den Bundeshaushalt zu überlasten.



»Ein stabiles Rentenniveau sorgt für Generationengerechtigkeit.«

Anja Piel

Mitglied im Geschäftsführenden
Bundesvorstand des Deutschen
Gewerkschaftsbundes

Eindeutig nein! Ein stabiles Rentenniveau sichert allen Rentner*innen die Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung. **Höhere Renten stärken die Kaufkraft und damit die Binnenkonjunktur.** Zudem steigen die Einnahmen der Kranken- und Pflegeversicherung. Das dämpft deren Beiträge um etwa 0,3 Prozentpunkte und entlastet Beschäftigte, Rentner*innen und Arbeitgeber. Liegt das Rentenniveau 2045 rund sechs Prozent höher, sinkt das Altersarmutsrisiko, da auch die Grundrenten entsprechend steigen. Das entlastet die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Ein stabiles Rentenniveau sorgt zudem für Generationengerechtigkeit: Da die Renten nur so stark steigen wie die Löhne nach Sozialbeiträgen, werden höhere Beiträge fair zwischen Beschäftigten und Rentner*innen aufgeteilt.



»Mit der Haltelinie verwirklicht die Politik eigene Wünsche an den wirklichen Problemen vorbei.«

Reiner Holznagel

Präsident des Bundes der Steuerzahler

Die Leistungsfähigkeit unserer umlagefinanzierten Sozialsysteme hat Grenzen, demografisch und damit auch mathematisch. Deshalb verbietet sich eine Haltelinie beim Rentenniveau, die den Generationenvertrag – also den fairen Interessenausgleich zwischen Jung und Alt – sabotiert. Profiteure wären die Rentner und die Finanzlasten der arbeitenden Bevölkerung würden steigen, ob durch höhere Steuern oder Beiträge. Diese Unwucht ist gesellschaftlich nicht tragfähig, zumal die heutige Rentnergeneration das höchste Wohlstandsniveau verbuchen kann. Ich erinnere daran: **Ein abnehmendes Rentenniveau führt niemals zu sinkenden Renten!** Gesetzlich schützt die Rentengarantie davor. Auch ohne Haltelinie werden die Renten weiterwachsen. Vielmehr sollte man versicherungsfremde Leistungen hinterfragen!

Von der Krise zur Reform

Der Sozialstaat steckt in der Krise: Steigende Kosten, eine alternde Gesellschaft, viel Ineffizienz und wachsende Bürokratie erfordern dringend Reformen. Nach welchen Prinzipien müssen diese gestaltet sein, damit der soziale Ausgleich in der Sozialen Marktwirtschaft funktioniert?



Der Sozialstaat steht unter Druck. Denn sein Fundament, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, erodiert mehr und mehr. Deutschland droht 2025 bereits zum dritten Mal in Folge eine Rezession. Die deutsche Wirtschaft schrumpft. Es ist die längste Krise seit Gründung der Bundesrepublik. Deutsche Top-Volkswirte fanden dafür zuletzt wenig schmeichelnde Metaphern: „Wie ein in die Jahre gekommener Spitzensportler“, hieß es bei der Berenberg Bank; „mit Seilen gefesselt, wie Gulliver“, sagte die Commerzbank; und die LBBW redet gar von einem „rostenden VW Golf 2“.

ILLUSTRATION: GETTY IMAGES/MALTE MUELLER

Ein Blick zurück zeigt jedoch, wie revolutionär die Idee sozialer Absicherung war und was es zu schützen gilt. Die Geschichte des deutschen Sozialstaates beginnt mit einem politischen Aufbruch, der weltweit Maßstäbe setzte. Am 15. Juni 1883 trat unter Reichskanzler Otto von Bismarck das „Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter“ in Kraft – die Geburtsstunde der ersten nationalen Sozialversicherung der Welt. Ab sofort waren Industriearbeiter und Beschäftigte in Handwerks- und Gewerbebetrieben kranken-

22,90 €

Arbeitskosten je geleistete Stunde in 1996

für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs in Deutschland.



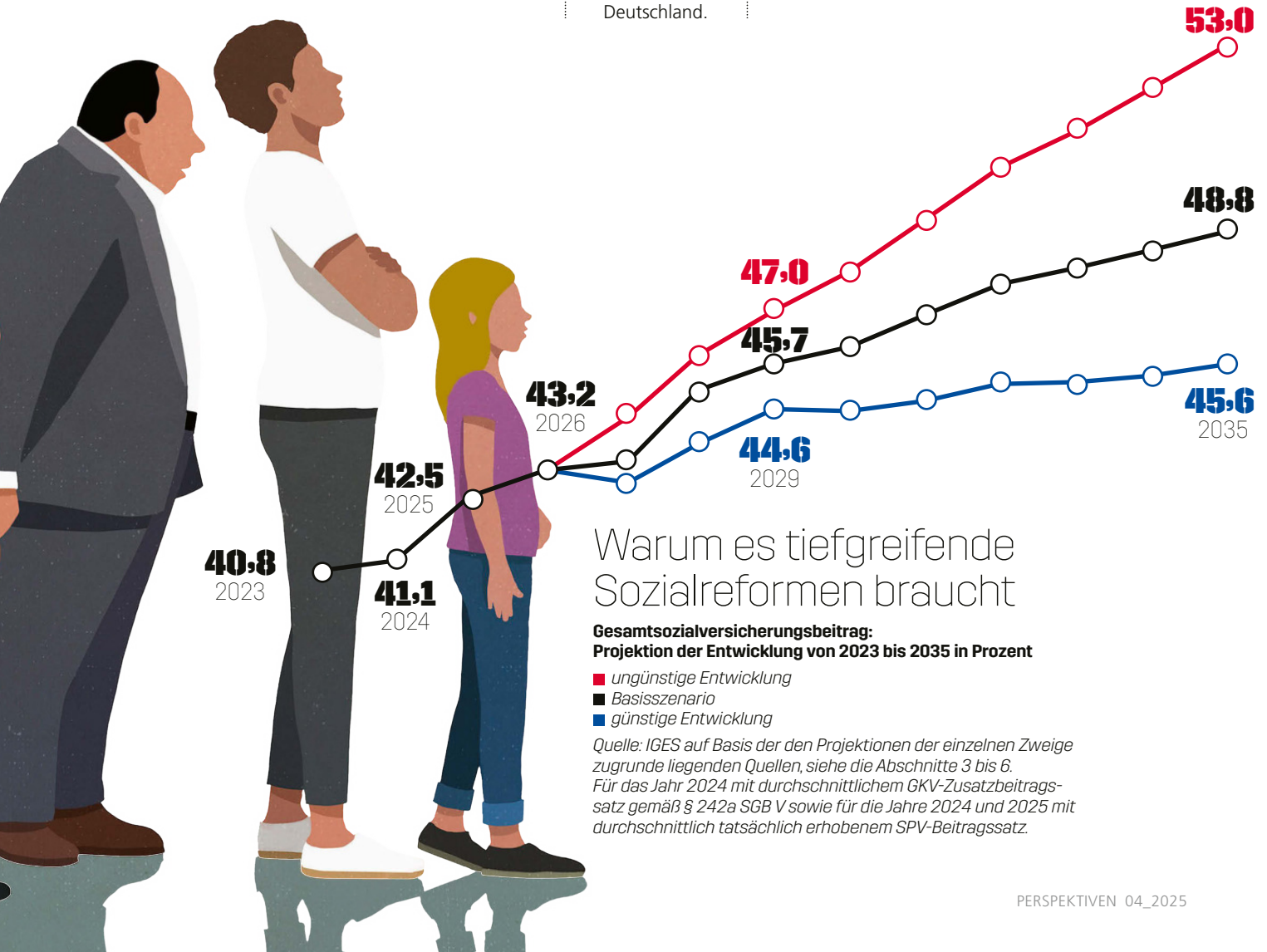
43,60 €

Arbeitskosten je geleistete Stunde in 2024

für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs in Deutschland.

versicherungspflichtig, finanziert zu zwei Dritteln aus eigenen Mitteln und zu einem Drittel durch den Arbeitgeber. Ein Jahr später folgte die gesetzliche Unfallversicherung, 1889 dann die Alters- und Invaliditätsversicherung. Dieses bismarcksche System schuf ein neues Verständnis von staatlicher Fürsorge: Schutz war nun ein Rechtsanspruch, kein Almosen. Die Grundprinzipien (Pflichtmitgliedschaft, Solidarität, paritätische Finanzierung und Selbstverwaltung) prägen den Sozialstaat bis heute.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieses Modell weiterentwickelt. Ökonomen wie Alfred Müller-Armack, Walter Eucken und Ludwig Erhard formten das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und somit eine Wirtschaftsordnung, die Freiheit und Verantwortung, Markt und soziale Sicherheit miteinander verbindet. Der Staat sollte nicht die Wirtschaft lenken, aber den Rahmen vorgeben. Er sollte eingreifen, wenn Chancen ungerecht verteilt sind, und sich zurückhalten, wenn Märkte funktionieren. Dieses Gleichgewicht wurde zur zentralen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik.



Warum es tiefgreifende Sozialreformen braucht

Gesamtsozialversicherungsbeitrag: Projektion der Entwicklung von 2023 bis 2035 in Prozent

- *ungünstige Entwicklung*
- *Basisszenario*
- *günstige Entwicklung*

Quelle: IGES auf Basis der den Projektionen der einzelnen Zweige zugrunde liegenden Quellen, siehe die Abschnitte 3 bis 6. Für das Jahr 2024 mit durchschnittlichem GKV-Zusatzbeitragsatz gemäß § 242a SGB V sowie für die Jahre 2024 und 2025 mit durchschnittlich tatsächlich erhobenen SPV-Beitragsatz.

Wirtschaftsstandort ist gefährdet

Heute steht der Sozialstaat vor Herausforderungen, die Bismarck und die Architekten der Sozialen Marktwirtschaft sich kaum vorstellen konnten. Die Stabilität ist ins Wanken geraten. Klimakrise, Digitalisierung, geopolitische Spannungen, globale Konkurrenz und ein tiefgreifender demografischer Wandel verändern die Grundlagen, auf denen der Sozialstaat ruht. Während die Bevölkerung altert und die Zahl der Erwerbstätigen sinkt, steigen die Kosten für Rente, Gesundheit und Pflege konsequent weiter. Heute fließen fast zwei Drittel der Sozialausgaben in Rente und Gesundheit – eine strukturelle Last, die Jahr für Jahr wächst.

Die Sozialleistungsquote, also der Anteil aller Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt, liegt inzwischen bei 31,2 Prozent. Und hinter dieser Prozentzahl stehen immense Gelder: Mehr als 1,345 Billionen Euro gab Deutschland zuletzt für Rente, Gesundheit, Pflege, Arbeitsmarkt und Familie aus. Gleichzeitig steigen die Lohnnebenkosten auf ein Niveau, das viele Unternehmen im internationalen Wettbewerb an ihre Grenzen bringt.

Sozialleistungsquote in Deutschland 1960 bis 2025

Sozialleistungen in Prozent des nominalen BIP

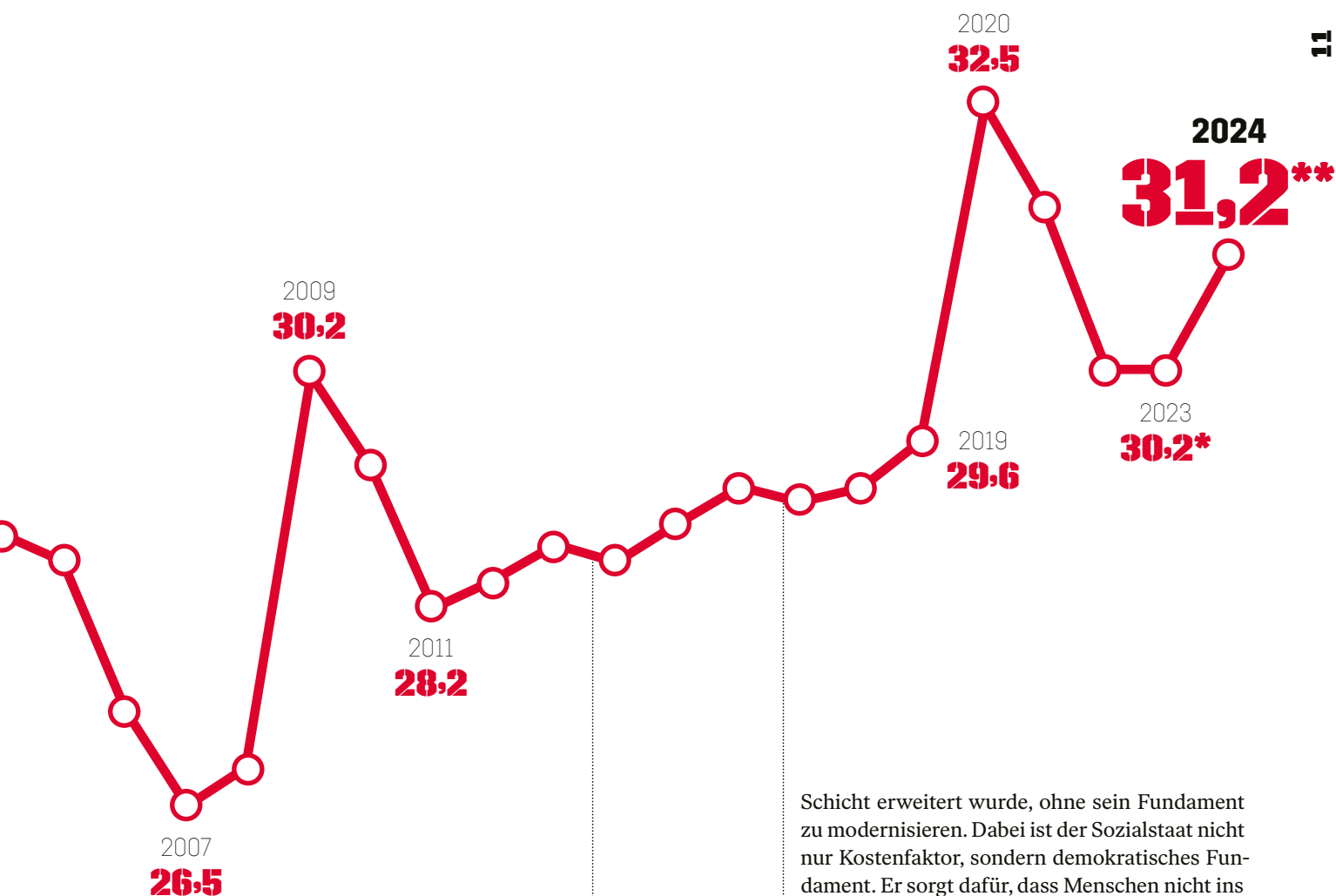
* vorläufig

** geschätzt

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales



Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen zusammen über 42 Prozent ihres Arbeitsentgelts in die Sozialversicherung ein. Diese Quote ist in den vergangenen Jahrzehnten stetig geklettert. Und sie wird weiter steigen, wenn keine tiefgreifenden Reformen gelingen. Hohe Abgaben drücken jedoch nicht nur auf die Löhne, sondern verhindern Investitionen, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Ein Sozialstaat, der immer mehr kostet, aber nicht effizienter wird, verliert so langfristig nicht nur seine Akzeptanz, sondern gefährdet auch den Wirtschaftsstandort Deutschland. In der öffentlichen Debatte wird dies zunehmend zugespitzt. Der Sozialstaat gilt als „zu teuer“, „ineffektiv“ oder „missbrauchsanfällig“. Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte Anfang September auf dem NRW-Landesparteitag der CDU: „Wir können uns dieses System, das wir heute so haben, einfach nicht mehr leisten.“ Es brauche „schmerzhaft Entscheidungen“ und „Einschnitte“, damit die großen Errungenschaften des Sozi-



alstaates nicht überfordert würden. Besonders beim Bürgergeld, aber auch beim Arbeiten im Alter oder bei der Eigenverantwortung der Versicherten betonte er den Reformbedarf.

Mut zur Veränderung

Dabei blendet diese Debatte zentrale Fakten aus: Die Zahl der Bürgergeldempfänger ist in den vergangenen Jahren gesunken, die Arbeitslosigkeit historisch niedrig, der Niedriglohnsektor geschrumpft. Der Haupttreiber der Sozialausgaben ist nicht fehlende Leistungsbereitschaft, sondern die Alterung der Gesellschaft und die Ineffizienz des Systems als Ganzes.

Entscheidend für die Tragfähigkeit des deutschen Sozialsystems sind vor allem die Rentenversicherung und die Krankenversicherung. Bei den Krankenkassen klafft bereits ein Milliardenloch. Experten rechnen mit massiven Beitragserhöhungen für die Arbeitnehmer, wenn es nicht gelingt, den Kostenanstieg durch Reformen zu begrenzen. Gerade im Gesundheitswesen werden Mittel nicht zielgerichtet genug eingesetzt. Die Bürokratie wächst schneller als die Entlastung. Verwaltungskosten steigen, weil Kontrollmechanismen immer komplexer werden. Gleichzeitig bleibt die Qualität der Versorgung nicht in allen Bereichen konstant hoch. Es sind Symptome eines Systems, das über Jahrzehnte Schicht um

1.345

Milliarden Euro

flossen im Jahr 2024 in Renten, Krankenkassen, Kindergeld und Co. Das Sozialbudget stieg somit im Vergleich zum Vorjahr um gut 83 Milliarden Euro.

Schicht erweitert wurde, ohne sein Fundament zu modernisieren. Dabei ist der Sozialstaat nicht nur Kostenfaktor, sondern demokratisches Fundament. Er sorgt dafür, dass Menschen nicht ins Bodenlose fallen, dass Chancen verteilt sind und gesellschaftlicher Zusammenhalt trägt. Eine Gesellschaft, die ihren Mitgliedern Sicherheit gibt, fordert im Gegenzug Vertrauen und Verantwortung ein. Dieses Gefüge zu bewahren, ist zentrale Aufgabe der Politik und verlangt Reformen, die über Kostendebatten hinausgehen.

Was braucht es also? Klarheit darüber, welche Leistungen der Sozialstaat auf Dauer tragen kann und welche er schlanker, zielgenauer oder präventiver gestalten muss. Klarheit darüber, dass nur der eine Sozialleistung bekommt, der sie auch braucht. Eine ehrliche Debatte über längeres Arbeiten, weil der demografische Wandel die bisherigen Modelle überfordert. Effizientere Strukturen im Gesundheitswesen, die Qualität und Wirtschaftlichkeit zusammenbringen. Modernisierte Sozialverwaltungen, die digital, transparent und bürgernah arbeiten. Und eine Rückkehr zu dem ursprünglichen Prinzip des sozialen Ausgleichs in der Sozialen Marktwirtschaft.

Deutschland hat den Sozialstaat erfunden. Es hat ihn gestärkt, erweitert und zu einem internationalen Vorbild gemacht. Doch um dieses Modell in die Zukunft zu tragen, braucht es Mut zur Veränderung. Und Fakt ist: Die Lösungen wurden an vielen Stellen bereits angesprochen. Jetzt kommt es darauf an, sie zu ergreifen, damit der Sozialstaat und die Soziale Marktwirtschaft auch in der nächsten Generation mehr sind als ein historisches Erfolgsmodell und ihre Versprechen einhalten. ▶

PROF. DR. RAINER SCHLEGEL, Präsident des Bundessozialgerichts a. D., widmet sich dem staatlichen Gebot, soziale Sicherheit zu garantieren – und zeigt auf, warum Reformen angesichts steigender Kosten und wachsender Unsicherheit dringender denn je sind.

Der deutsche Sozialstaat gilt als eine der tragenden Säulen der sozialen Marktwirtschaft. Doch in Zeiten anhaltender Krisen, steigender Kosten, gesellschaftlicher Spannungen und demografischer Verwerfungen wird deutlich, dass die bestehenden Sozialsysteme auf eine harte Bewährungsprobe gestellt sind. Das zeigt auch die neueste Erhebung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: Nach vorläufigen Ergebnissen betrug die Summe der sozialen Leistungen im Jahr 2024 insgesamt rund 1.345 Milliarden Euro, das entspricht einem Anteil am BIP von 31,2 Prozent. Prof. Dr. Rainer Schlegel, der im Auftrag von Gesamtmetall eine Studie der Prinzipien des sozialen Ausgleichs im deutschen Sozialstaat geschrieben hat, warnt dazu eindringlich: „Zunehmende wirtschaftliche Krisen, innere und äußere Bedrohungen sowie ein immenser Nachholbedarf zur Ertüchtigung unserer Infrastruktur schließen es aus, dass das Sozialbudget dauerhaft mehr als 30 Prozent des BIP ausmacht.“

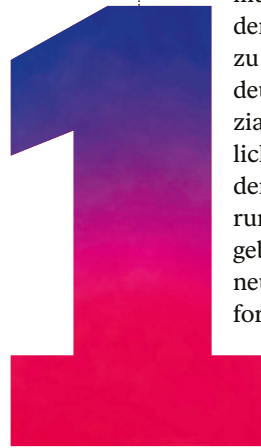
Das Sozialstaatsprinzip ist im Grundgesetz fest verankert und einer der zentralen Grundpfeiler unserer Verfassung. „Das Grundgesetz verzichtet ganz bewusst auf soziale Grundrechte“, erklärt Schlegel, „fordert vom Gesetzgeber jedoch, für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen. Wie er dieses Ziel erreicht, liegt in seinem Ermessen.“ Im Kern geht es dabei um den Ausgleich sozialer Gegensätze und die staatliche Fürsorge für Einzelne oder Gruppen, die aufgrund ihrer Lebensumstände oder gesellschaftlicher Benachteiligungen an ihrer persönlichen oder sozialen Entfaltung gehindert sind.

Schlegel betont jedoch: „Das Sozialstaatsprinzip ist entgegen den Wunschvorstellungen einiger politischer Kräfte kein Instrument umfassender Umverteilung.“ Vielmehr soll es soziale Sicherheit garantieren, ohne die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes zu gefährden.

Die Herausforderung liegt darin, dieses Prinzip in einer modernen Wirtschaft und Gesellschaft umzusetzen. Über die Jahrzehnte habe sich die Bedeutung des Sozialstaats verändert: Das Sozialstaatsprinzip steht zunehmend unter Druck.

Reformbedarf und Effizienzsteigerung

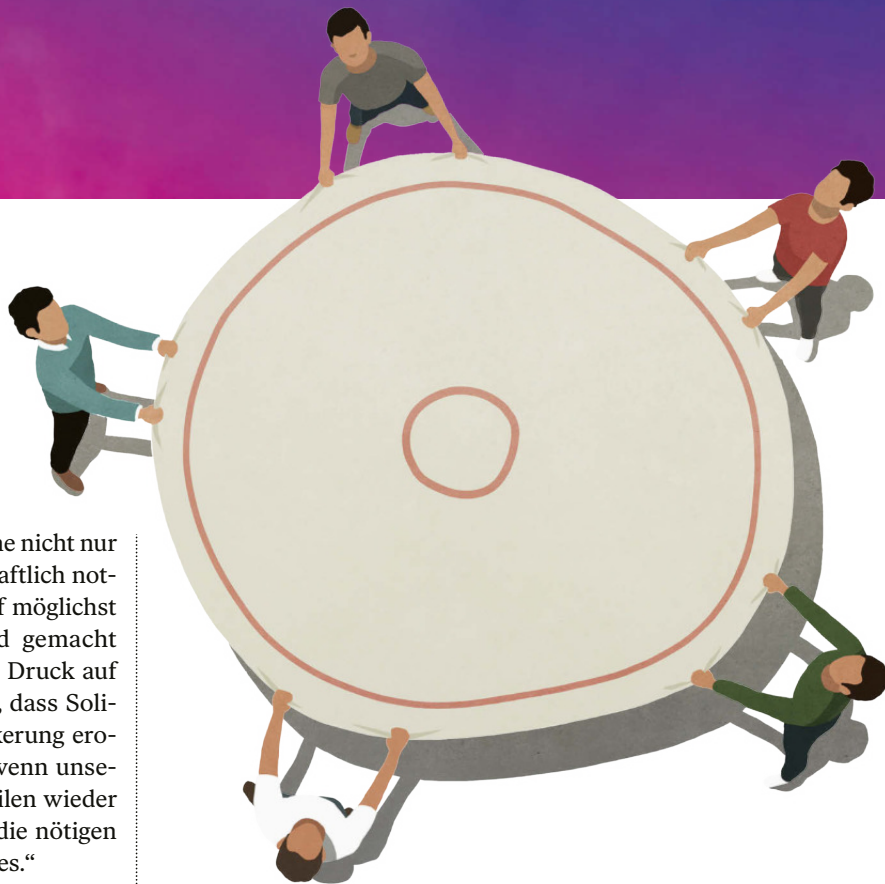
Schlegel macht deutlich, dass Reformen unumgänglich sind, um die langfristige Stabilität des Sozialstaats zu sichern. Ein zentrales Problem sei die Ausweitung der Leistungen über das notwendige Maß hinaus. „Die Sozialsysteme müssen sich einer Aufgabenkritik unterziehen. Ziel muss es sein, messbar effizienter zu werden und auf letzte Einzelfallgerechtigkeit zu verzichten“, erklärt er. In der Praxis bedeutet das: Die Grundsicherung und Sozialhilfe sollten sich auf Hilfen für „wirklich Bedürftige“ konzentrieren. Und in der beitragsfinanzierten Sozialversicherung dürften nur solche Leistungen angeboten werden, die dauerhaft und ohne neue Schulden finanzierbar sind. Schlegel formuliert es klar: „Am Abbau oder zumindest an der Umgestaltung von Leistungen und an mehr Eigenverantwortung führt kein Weg vorbei.“ Die Studie zeigt, dass eine Rückkehr



»Das Sozialstaatsprinzip ist entgegen den Wunschvorstellungen einiger politischer Kräfte kein Instrument umfassender Umverteilung.«

Prof. Dr. Rainer Schlegel,
Präsident des Bundessozialgerichts a. D.





zur Konzentration auf das Wesentliche nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftlich notwendig ist. Wenn jeder Anspruch auf möglichst umfassende Unterstützung geltend gemacht wird, steigt nicht nur der finanzielle Druck auf den Staat, sondern auch die Gefahr, dass Solidarität und Akzeptanz in der Bevölkerung erodieren. Schlegel verdeutlicht: „Nur wenn unsere Wirtschaft stark bleibt oder in Teilen wieder auf die Beine kommt, hat der Staat die nötigen Beitrags- und Steuermittel für Soziales.“

Ein besonderes Augenmerk legt Schlegel auf die Verankerung des Sozialstaatsprinzips im Zusammenspiel der staatlichen Gewalten. Dabei verweist er auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. September 2024 (1 BvL 9/21): „Das Gericht hat klargestellt, dass die finanziellen Mittel zur Erfüllung staatlicher Aufgaben begrenzt sind – und zwar auch im sozialen Bereich.“ Demnach könne der Staat nicht unbegrenzt neue Leistungen versprechen oder höhere Ausgaben finanzieren. „Einer beliebigen Ausweitung staatlicher Einnahmen zur bestmöglichen Erfüllung aller Wünsche steht neben der Schuldenbremse auch entgegen, dass die Leistungsbereitschaft der Steuer- und Beitragszahler erhalten werden muss.“

Zukunftsfähigkeit sichern

Die Entscheidung verdeutlicht, dass dem Sozialstaatsprinzip kein Vorrang gegenüber anderen staatlichen Aufgaben zukommt. „Der Gesetzgeber kann und darf sich bei den bevorstehenden Reformen in der Renten- und Krankenversicherung oder der Grundsicherung nicht hinter dem Bundesverfassungsgericht verstecken“, sagt Schlegel. Vielmehr müsse die Politik Prioritäten setzen, welche Mittel realistisch für soziale Leistungen zur Verfügung stehen. Ein zentraler Punkt in Schlegels Analyse ist die enge Verzahnung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Sicherung. „Erst eine gute Wirtschaftspolitik schafft das finanzielle Fundament zur Realisierung des Sozialstaatsgebots“, betont er. Ohne starke Wirtschaft gebe es keine nachhaltigen Beiträge, keine stabilen Renten und keine verlässliche Gesundheitsversorgung. Diese Verbindung werde in der öffentlichen Debatte oft unterschätzt.

Mit seiner Studie zu den Prinzipien des sozialen Ausgleichs in der Sozialen Marktwirtschaft liefert der ehemalige Präsident des Bundessozialgerichts Prof. Dr. Rainer Schlegel im Auftrag von Gesamtmetall wichtige Impulse für anstehende Reformen.

Die Studie von Prof. Schlegel gibt es hier!



Die Konsequenzen für die Reform des Sozialstaats sind eindeutig: Es geht nicht nur um Umverteilung oder neue Leistungen, sondern um Effizienz, Priorisierung und nachhaltige Finanzierung. Schlegel fordert ein ehrliches Gespräch mit den Bürgern: „Die Mittel, die für Soziales ausgegeben werden, müssen zuvor in der Wirtschaft erarbeitet werden. Nur dann kann der Sozialstaat dauerhaft stabil und leistungsfähig bleiben.“

Nach Schlegel muss der Staat seine Aufgaben klar festlegen. Angesichts begrenzter Mittel könne nicht jede gesellschaftliche Erwartung gleichzeitig erfüllt werden. Ziel muss es vielmehr sein, die Sozialsysteme zukunftsfähig zu machen. Dabei ist es essenziell, dass die Bürger die Zusammenhänge zwischen Beiträgen, Steuern und wirtschaftlicher Leistung verstehen. Nur so könne Akzeptanz für notwendige Reformen gesichert werden. „Der Gesetzgeber hat es in der Hand, die Sozialsysteme zukunftsfest zu machen“, sagt Schlegel.

Leistungen sollten stärker auf die Kernbedarfe konzentriert werden, Eigenverantwortung der Bürger gestärkt und unnötige Ausgaben vermieden werden. Das Sozialstaatsprinzip bleibt eine zentrale Säule der sozialen Marktwirtschaft. Es verbindet Solidarität, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig betont Schlegel, dass der Sozialstaat nicht unbegrenzt wachsen kann. Effizienz, Priorisierung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind die entscheidenden Faktoren, um soziale Sicherung zukunftsfähig zu gestalten. ▶



PROF. DR. MARCEL THUM erklärt das Versicherungsprinzip als gemeinsame Absicherung gegen große Lebensrisiken und zeigt, warum neue Leistungsversprechen das System undurchsichtiger, teurer und letztlich instabil machen.

deutet das eine doppelte Herausforderung: die finanzielle Stabilität zu wahren und die institutionelle Klarheit zurückzugewinnen.

Es braucht finanzielle Disziplin

Doch Thum warnt vor einfachen Kategorien: „Ich tue mich sehr schwer, die versicherungsfremden Leistungen sauber abzugrenzen.“ Gerade die gesetzliche Rentenversicherung lasse sich im engeren Sinne kaum als Versicherung bezeichnen, sondern funktioniere „wie ein Sparplan“. Problematisch werde es dort, wo politisch motivierte Leistungsversprechen – etwa Rente mit 63 oder Mütterrente – ohne Rücksicht auf langfristige Kosten getroffen werden. Die eigentliche Gefahr für das Versicherungsprinzip entsteht also weniger durch definitorische Unschärfen, sondern durch mangelnde finanzielle Disziplin. Wie aber lässt sich die Balance wiederherstellen? Thum plädiert für eine Doppelstrategie. „Erstens muss die Politik dafür sorgen, dass Beitrags- und Steuerzahler nicht überfordert werden. Dazu braucht es einen Mix an Maßnahmen – bei der Rente beispielsweise ein an die Lebenserwartung angepasstes Renteneintrittsalter, eine Stärkung des Nachhaltigkeitsfaktors und eine inflationsorientierte Anpassung der Bestandsrenten.“ Zweitens müsse der schon lange diskutierten eigenen Vorsorge mehr Gewicht gegeben werden – bei der Rente mit einem verpflichtenden Mindestbeitrag in ein kapitalgedecktes Standardportfolio.

Das Versicherungsprinzip gehört zu den tragenden Säulen der sozialen Sicherung und zugleich zu jenen Konzepten, deren ursprüngliche Bedeutung im Dickicht neuer Leistungen und politischer Erwartungen zunehmend verschwimmt. „Beim Versicherungsprinzip einigt man sich darauf, dass diejenigen, die Schäden erleiden, aus den Beiträgen aller zumindest teilweise entschädigt werden“, erklärt Prof. Dr. Marcel Thum, Professor am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der TU Dresden und Leiter der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts. Charakteristisch sei dabei die Ungewissheit: „Man weiß anfangs nicht, wer zu den Zahlern und wer zu den Empfängern gehört. Glücklicherweise erleiden nur wenige Versicherte große Schäden wie Arbeitslosigkeit oder schwere Erkrankungen.“ Der Sozialstaat sei in diesen Fällen aber besonders wirkungsvoll. „Das sieht man beispielsweise an der Krankenversicherung“, sagt Thum, „wo – im Gegensatz zu den USA – immerhin nahezu die gesamte Bevölkerung ohne Angst vor ruinösen Rechnungen zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen kann.“

Über die Jahrzehnte hat sich die Logik des Prinzips jedoch verschoben. Immer mehr Leistungen, teilweise fern ursprünglicher Risikodeckung, wurden integriert. Was einst ein klar umrissenes Schutzversprechen war, ist heute ein hochkomplexes Leistungsgeflecht. Das mache die Sozialversicherung nicht nur teurer, sondern „auch sehr intransparent“. Für die Zukunft be-

»Im Gegensatz zu den USA kann immerhin nahezu die gesamte Bevölkerung ohne Angst vor ruinösen Rechnungen zum Arzt gehen.«

Prof. Dr. Marcel Thum,
Leiter ifo Institut,
Niederlassung Dresden





PROF. DR. NILS GOLDSCHMIDT

verdeutlicht, warum das Äquivalenzprinzip im modernen Sozialstaat nicht strikt umsetzbar ist, aber dennoch als Richtschnur dienen sollte.

Das Äquivalenzprinzip findet sich im Sinne der austeilenden Gerechtigkeit schon bei Aristoteles“, sagt Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Direktor des Weltethos-Instituts in Tübingen. Wer mehr einzahlt, soll auch mehr zurückbekommen. Ein klarer, intuitiver Maßstab, der im Bereich kommunaler Steuern oder Gebühren gut funktioniert. Dort lassen sich Leistung und Gegenleistung eindeutig zuordnen.

Im Sozialstaat sei das laut Goldschmidt aber nur begrenzt möglich, weil soziale Leistungen oft auf Solidarität beruhen, wie bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Deshalb spiele hier das Leistungsfähigkeitsprinzip eine größere Rolle: „Wer mehr hat, zahlt mehr, um Solidarität zu ermöglichen – wie etwa beim progressiven Einkommensteuersystem“, sagt Goldschmidt. Doch eine strikte Umsetzung sei schwierig, „weil sich etwa beim Klimaschutz oder bei globalen Lieferketten schwer sagen lässt, wer genau für welche Kosten verantwortlich ist.“

Neue Lösungen für neue Lebensrealitäten

In der aktuellen Debatte spielt das Prinzip vor allem eine Rolle, wenn Beiträge und Leistungen auseinanderdriften. Wachsende Abgaben bei gleichzeitig sinkender oder schwer zugänglicher Leistung gefährden die Glaubwürdigkeit der In-

stitutionen. „Dann leidet das Vertrauen in den Sozialstaat“, sagt Goldschmidt. Die Ursache liege weniger im Solidarprinzip selbst, sondern in der Umsetzung staatlicher Leistungen – insbesondere in bürokratischen Strukturen, die Mittel binden, anstatt sie direkt den Menschen zugutekommen zu lassen.

Die Frage, wie viel Leistungsprinzip zeitgemäß ist, betrachtet Goldschmidt mit Skepsis. Das traditionelle Verständnis von Leistung passe kaum noch zur Lebensrealität jüngerer Generationen. Diese müssten „eine Abgabenlast schultern, die es in dieser Höhe bisher noch nicht gab“, gleichzeitig werde ihnen oft mangelnde Leistungsbereitschaft vorgeworfen. Einseitige Appelle seien kontraproduktiv: „Das torpediert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Entscheidend sei vielmehr, unterschiedliche Vorstellungen von Leistung anzuerkennen und ins Gespräch zu bringen. Ist eine Sozialversicherung ohne Äquivalenzprinzip denkbar? „In gewisser Weise ja“, sagt Goldschmidt. Sozialversicherung funktioniere grundsätzlich solidarisch, nicht als exakte Individualabrechnung. Würde jeder nur erhalten, was er einzahlt, bräuchte es keine kollektiven Systeme mehr. „Das Prinzip ist aber ein gutes Leitbild, um die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung zu lenken“, sagt Goldschmidt. Es fördere wirtschaftliches Handeln, mache Leistungen transparent und zeige, wo mehr Äquivalenz – etwa über kapitalgedeckte Elemente in der Altersvorsorge – sinnvoll sein kann. ▶

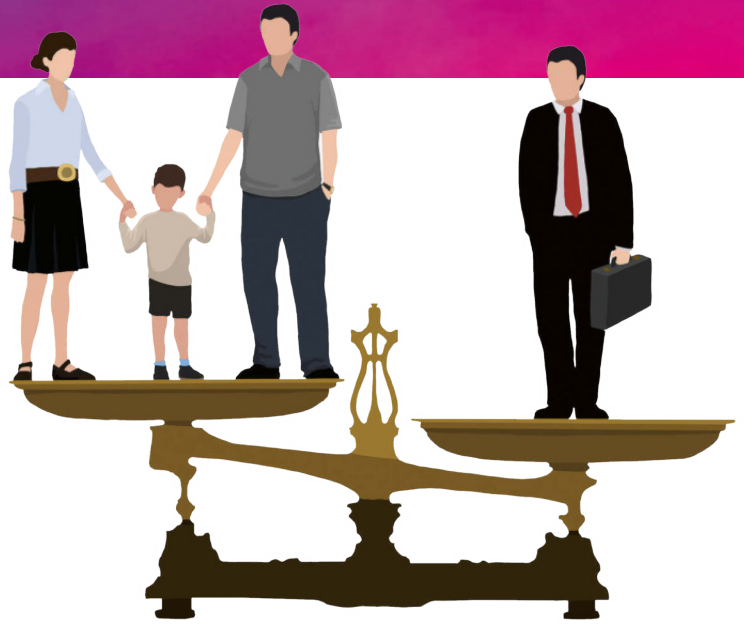


»Gerade die junge Generation muss im Verhältnis zu ihrem Einkommen eine Abgabenlast schultern, die es in dieser Höhe bisher noch nicht gab.«

Prof. Dr. Nils Goldschmidt,

Direktor des Weltethos-Instituts in Tübingen

DR. JOCHEN PIMPERTZ erklärt, wie der soziale Ausgleich in der Sozialen Marktwirtschaft funktioniert und warum steigende Steuer- und Abgabenlasten das fragile Gleichgewicht zwischen Solidarität, Eigenverantwortung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zunehmend belasten.



Der soziale Ausgleich ist das Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft und zugleich ihr empfindlichster Bereich. „Die Soziale Marktwirtschaft fußt auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit freier Märkte. Denn Wohlstand schafft soziale Sicherheit“, sagt Dr. Jochen Pimpertz, Leiter Themencluster Staat, Steuern und Soziale Sicherung beim Institut der deutschen Wirtschaft. Wettbewerb entfaltet seine Wirkung, wenn er durch eine ordnungspolitische Rahmung zugleich Missbrauch verhindert und die Interessen von Unternehmen und Arbeitnehmern in einem fairen Prozess austariert werden.

Umverteilung erfolgt dabei bewusst zweigleisig: über steuerfinanzierte Transfers und über sozialversicherte Leistungen. Tarifautonomie, Selbstverwaltung und klare Verantwortlichkeiten sollen dafür sorgen, dass soziale Absicherung und ökonomische Leistungsfähigkeit sich nicht gegenseitig lähmen. „Die volkswirtschaftlichen Wachstumsperspektiven sind der Gradmesser für eine gelungene Balance zwischen Eigenverantwortung und sozialem Ausgleich“, sagt Pimpertz. Doch dieses Gleichgewicht gerät zunehmend unter Druck. Immer mehr Leistungen werden steuerfinanziert – eine Verschiebung, die laut Pimpertz nicht zur Entlastung führt, sondern lediglich anders verpackte Belastungen erzeugt. „Auch dafür braucht es mehr Einnahmen“, betont er. Steigende Ausgaben der Sozialversicherungen treiben letztlich die gesamte Abgabenquote nach oben – mit Folgen für wirtschaftliche Freiheiten und Wachstum.

4

Mehr Abgaben auf weniger Schultern

Zugleich wächst die Sorge, dass der Solidaritätsbegriff überdehnt wird. Besonders deutlich zeigt sich das in der Kranken- und Pflegeversicherung. „In einer alternden Gemeinschaft müssen jüngere Beitragszahler lebenslang größere Lasten schultern als die Eltern oder Großeltern“, warnt Pimpertz. Zwar genießt das Solidaritätsprinzip nach wie vor hohe Zustimmung. Doch diese könne erodieren, wenn die Beitragslasten einseitig steigen und ältere Generationen nicht bereit seien, stärker eigenverantwortlich vorzusorgen. Damit Solidarität nicht zu einer als ungerecht empfundenen Umverteilung verkommt, braucht es Pimpertz zufolge klare politische Weichenstellungen. Der Sozialstaat könne angesichts des demografischen Wandels „sein bisheriges Leistungsversprechen nicht mehr zu gleichen Kosten erfüllen“. Deshalb müsse er zielgerichteter werden: „Damit Sozialversicherung und Fürsorge auch künftig ihre Kernaufgaben erfüllen können, müssen steuerfinanzierte Hilfen auf bedürftige Bürger konzentriert werden und Versicherte ergänzend eigenverantwortlich vorsorgen.“

»Steuerfinanzierte Hilfen müssen auf bedürftige Bürger konzentriert werden und Versicherte ergänzend eigenverantwortlich vorsorgen.«

Dr. Jochen Pimpertz, Leiter Cluster Staat, Steuern und Soziale Sicherung beim IW





MARC BIADACZ MdB (CDU) erläutert, warum fiskalische Nachhaltigkeit und Anreize zur Eigenvorsorge entscheidend sind, um das Gleichgewicht zwischen Solidarität und individueller Verantwortung wiederherzustellen.

Eigenverantwortung und Subsidiarität gehören zu den ordnungspolitischen Grundfesten der Sozialen Marktwirtschaft und dennoch sind sie heute so unter Druck wie selten zuvor. Für Marc Biadacz, Bundestagsabgeordneter der CDU und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der Unionsfraktion, ist deren Kern dennoch unstrittig: „Die Eigenverantwortung, die den Menschen darin bestärkt, für das eigene Handeln selbst Sorge zu tragen, ist essenziell.“ Der Staat greife lediglich subsidiär ein, also nur dort, wo Individuen oder Familien nicht aus eigener Kraft

»Notwendig sind Anreize für private Vorsorge, schlankere Verfahren und klare Regulierungen, die Leistungsanreize wahren.«

Marc Biadacz MdB (CDU),
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Arbeit und Soziales der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion



zurechtkommen – etwa im Fall der Arbeitslosigkeit. Die eigentliche Herausforderung bestehe im „richtigen Maß zwischen Solidarität und Eigenverantwortung“, so Biadacz.

Genau dieses Gleichgewicht scheint ins Wanken geraten zu sein. Sichtbar wurde das aus Biadacz' Sicht mit der Bürgergeld-Reform. „Anreize, Arbeit aufzunehmen, wurden minimiert“, sagt er. Das habe den Eindruck entstehen lassen, „dass sich arbeiten nicht mehr lohnt“. Hinzu komme ein komplexes Geflecht aus bürokratischen Regelungen und unklaren Mechanismen, das den Eindruck verstärke, dass staatliche Unterstützung nicht zielgerichtet ankommt.

Leistungsanreize wahren

Biadacz plädiert für eine Rückkehr zu klaren Strukturen: „Ordnungspolitisch muss der Fokus auf klare Verantwortlichkeiten, zeitnahe Maßnahmen und leistungsfähige Absicherung gelegt werden – statt einer flächendeckenden Staatsgarantie.“ Fiskalische Nachhaltigkeit und stärkere Anreize zur Eigenvorsorge seien dafür unverzichtbar.

Die Rentendebatte zeige das exemplarisch. „Neben der gesetzlichen Rentenversicherung sind die betriebliche und private Altersvorsorge ebenso notwendige Säulen“, betont er. Damit Eigenverantwortung wieder stärker verankert wird, ohne soziale Härten zu verschärfen, braucht es Biadacz zufolge mehr „Anreize für private Vorsorge, schlanke bürokratische Verfahren, zeitnahe Hilfe bei echten Härten und klare Regulierungen, die Leistungsanreize wahren“. Die Sozialstaatskommission werde hierzu zeitnah Ergebnisse vorstellen. ▶



PROF. DR. BERND RAFFELHÜSCHEN

skizziert, warum sich die Belastungen im Rentensystem von einer gerechten Balance entfernt haben und nur klare Leitplanken den Sozialstaat vor einer Abgabexplosion retten können.

Es wird oft über Generationengerechtigkeit gesprochen, aber für Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Universität Freiburg, ist der eigentliche Untersuchungsgegenstand die Gleichbehandlung zwischen den Generationen. Und ein Blick auf die Rente zeigt genau hier eine dramatische Verschiebung: „Frühere Generationen arbeiteten rund 45 Jahre und bezogen anschließend etwa zehn Jahre Rente. Heute sind es im Schnitt 40 Beitragsjahre, gefolgt von etwa 20 Rentenjahren – bei zugleich deutlich weniger Beitragszahlern je Rentner.“ Von Gleichbehandlung könne keine Rede sein. „Konsequent wäre eine dynamische Anpassung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung.“ Raffelhüschen spricht zudem von Verursachergerechtigkeit: „Verursacher des demografischen Problems sind die Babyboomer selbst“ – durch geburtenschwache Folgejahrgänge und eine wachsende Rentenbezugsdauer. Dass jüngere Generationen nun höhere Beiträge schultern, bedeute eine strukturelle Verschiebung zu ihren Lasten.

6

Gleiche Belastung für alle Generationen

Skandinavische Systeme koppeln das Rentenalter längst flexibilisiert an die Lebenserwartung und verfügen über starke kapitalgedeckte Elemente. „Dort wurde das Richtige gemacht. In Deutschland haben wir das immer wieder vorgeschlagen, ohne durchzudringen“, sagt Raffelhüschen. Bleibt alles wie bisher, steuere das System ihm zufolge auf drastisch steigende Abgaben zu. „In der Kombination von Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung könnten die Sozialbeiträge bereits kurz nach 2030 die 50-Prozent-Marke überschreiten und in den 2040er-Jahren in Richtung 60 Prozent steigen.“ Ein solcher Abgabendruck wäre für jüngere Erwerbstätige kaum tragbar. Entscheidend sei deshalb nicht die Einnahmeseite – „wir hatten noch nie so hohe Einnahmen“ –, sondern die Ausgabenstruktur. Als Leitplanke fordert Raffelhüschen gleiche relative Belastung für alle Generationen. Langfristig könne das nur gewährleistet werden durch ein höheres Rentenalter, ein realistischeres Rentenniveau und mehr Eigenverantwortung, etwa über ein Karenzjahr in der Pflege.



»Wir rechnen damit, dass wir die 50-Prozent-Marke kurz nach 2030 erreichen und jenseits der 2040 bei annähernd 60 Prozent Sozialabgaben wären.«

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen,
Direktor des Forschungszentrums
Generationenverträge der Universität Freiburg



ALEXANDER GUNKEL macht deutlich, warum ein nachhaltiger Sozialstaat auf einer starken Wirtschaft beruhen muss. Sein Plädoyer: Erst Wertschöpfung ermöglichen, dann gerecht verteilen – nur so bleibt der Sozialstaat dauerhaft tragfähig.

Nachhaltigkeit im Sozialstaat bedeutet, Belastungen so zu gestalten, dass sie dauerhaft tragbar sind – für die öffentlichen Haushalte, die Wirtschaft und kommende Generationen. Für Alexander Gunkel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), beginnt dieser Gedanke beim Fundament der Wertschöpfung: „Was verteilt werden soll, muss vorher erwirtschaftet worden sein.“ Dieser Grundsatz gelte noch immer. Ein Sozialstaat, der sich zunehmend über Kredite finanziert, verliere jedoch auf Dauer seine Handlungsfähigkeit, weil „zusätzliche Zins- und Tilgungslasten die Finanzierungsmöglichkeiten des Staats für Soziales verringern“. Gunkel verweist auf die zentrale Rolle der Unternehmen. Denn steigende Abgaben und Steuern mindern ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit die Basis des Sozialstaats selbst. „Erfolgreich wirtschaftende Unternehmen sind die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und dafür, dass die nötigen Beiträge und Steuern für die Finanzierung des Sozialstaats aufgebracht werden können.“ Wirtschaft und Soziales versteht er nicht als Ge-

gensätze, sondern als komplementär: „Eine gute Wirtschaftspolitik und ein funktionierender Sozialstaat sind zwei Seiten einer Medaille.“ Nachhaltigkeit bedeutet in diesem Verständnis also, Prioritäten zu setzen: erst wirtschaftliche Stärke ermöglichen, dann sozialen Ausgleich sichern.

Wirtschaftsstärke für soziale Sicherung

Gunkel fordert Reformen mit Maß und Mitte: „Es wäre schon viel gewonnen, wenn das Wachstum bei den Sozialausgaben zumindest deutlich gebremst würde.“ Etwa durch eine weniger dynamische Entwicklung von Renten und Pflegeleistungen. Gleichzeitig warnt er vor neuen Leistungsversprechen, „etwa höheren Mütterrenten“, die die Systeme zusätzlich belasten würden. Die Arbeitgeber sieht Gunkel dabei eindeutig als Gestalter: „Zu allen großen Fragen des Sozialstaats, aber auch vielen Detailfragen, haben wir Konzepte entwickelt und in die politische Diskussion eingebracht. Natürlich werde nicht immer alles sofort und vollständig aufgegriffen. Aber immer wieder gebe es Reformen, „die maßgeblich auf unsere Initiativen zurückzuführen sind“.

»Erfolgreich wirtschaftende Unternehmen sind die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und einen funktionierenden Sozialstaat.«

Alexander Gunkel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)





PROF. DR. JOACHIM BREUER zeigt, warum das Prinzip der Wirtschaftlichkeit im Gesundheitssystem seit Jahrzehnten fehlinterpretiert wird und weshalb echter Fortschritt nicht durch Kostendruck, sondern durch Qualität und bessere Daten entsteht.



Ein leistungsfähiger Sozialstaat braucht ein Gesundheitssystem, das ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich arbeitet. Doch genau hier sieht Prof. Dr. Jochen Breuer, Vorsitzender des Vivantes Aufsichtsrates, ein strukturelles Missverständnis. Seit fünf Jahrzehnten prägten Wirtschaftlichkeitsvorgaben das System, „ohne dass sich an den wesentlichen Outcomes wie Lebenserwartung oder Gesundheitsstatus positive Ergebnisse zeigen“. Die Ursache liegt Breuer zufolge unter anderem darin, „dass wir unter Wirtschaftlichkeit primär Kostendruck auf der Ausgabenseite verstehen und diesen wiederum durch Kontrolle und Dokumentation in jedem einzelnen isolierten Teil des Gesundheitssystems umsetzen.“

Dazu kommt, dass in der täglichen Versorgung Qualität und Kosten oft als Gegensätze wahrgenommen werden. Breuer widerspricht: „Ich sehe im Prinzip keinen Widerspruch zwischen Qualität und Kosten.“ Bessere Qualität, zum Beispiel in puncto Sicherheit, Langlebigkeit oder Zuverlässigkeit, zahle sich über die gesamte Versorgungskette hinweg aus und senke am Ende die Gesamtkosten. Doch im derzeitigen System

»Die Freigabe der medizinischen Daten der Versicherten unter den Leistungserbringern wäre ein wichtiger Schritt zur Qualitätssicherung und zum Abbau von Dokumentationsaufwand.«

Prof. Dr. Joachim Breuer, Vorsitzender des Vivantes Aufsichtsrates

8

werde Breuer zufolge „unter Kosten immer nur der punktuelle Ansatz“ betrachtet: Was kostet ein Implantat, ein Behandlungstag, eine Diagnose?

Weltmeister im Arztbesuch

Entscheidend sei, welchen Beitrag diese Ausgaben zur tatsächlichen Wiederherstellung von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit leisten. „Außer im System der gesetzlichen Unfallversicherung kenne ich kein Sozialsystem, was diese Gesamtschau ins Kalkül zieht“, sagt Breuer. Ein Hebel für mehr Effizienz liegt für ihn unter anderem im besseren Datenfluss.

Wenn alle Akteure Zugriff auf die relevanten medizinischen Informationen der Versicherten hätten, ließen sich sowohl Qualität sichern als auch Dokumentationsaufwand reduzieren. Denn die „oft so gescholtenen Verwaltungsaufwendungen“ seien vor allem Folgen eines ausufernden Regelungs- und Kontrollgeflechts. „Mehr generalisierende Regelungen und anlassbezogene Stichproben wären ein wünschenswerter Philosophiewechsel.“ Zuzahlungen lehnt Breuer dagegen ab: „Ich halte nichts von Zuzahlungen oder Selbstbeteiligungen, wie sie jetzt wieder diskutiert werden. Ein berühmter Sozialrechtler sagte einmal: Zuzahlungen sind entweder wirksam und unsozial oder sozial und unwirksam. Aber den Zustrom zum Gesundheitssystem zu begrenzen und zu steuern scheint mir nötig. Wir sind Weltmeister im Arzt- und Krankenhausbesuch – und zu viel Menge bei begrenzter Kapazität schädigt die Qualität!“

Stattdessen könne Breuer zufolge ein „door-keeper“ oder Zuweisungsverfahren helfen – die „heilige deutsche Kuh“ der freien Arztwahl gehöre ins Altersheim. So könnte man ein System schaffen, das Qualität messbar macht, Bürokratie reduziert und Gesundheitsziele in den Mittelpunkt stellt.





CHRISTINA RAMB verdeutlicht, warum die soziale Selbstverwaltung ein tragendes Prinzip der Sozialversicherung ist, und macht klar, welche Reformen jetzt nötig sind, damit diese Form der gemeinsamen Mitbestimmung auch künftig wirksam bleibt.

Das Prinzip der sozialen Selbstverwaltung besagt im Kern: Die Organisation und Steuerung der Sozialversicherung liegt nicht allein beim Staat, sondern wird von denjenigen getragen, die das System finanzieren und nutzen – also von Arbeitgebern und Versicherten selbst. Sie entscheiden gemeinsam über die Ausgestaltung, die Prioritäten und die Verwaltung der Mittel. „Die Selbstverwalter vertreten sowohl die Interessen der Versicherten als auch der Beitragszahlenden und schützen die Sozialversicherungen vor staatlichen Eingriffen“, erklärt Christian Ramb, Mitglied der Hauptgeschäftsführung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und aktuell stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit. So werde nicht nur zwischen den unterschiedlichen Interessen vermittelt, sondern auch der soziale Frieden gestärkt.

Ramb warnt sogar vor zu viel staatlicher Steuerung: „Die selbstverwalteten Sozialversicherungen funktionieren am besten ohne staatliche Einmischung. Der Erfolg beruht auf ihrer Staatsferne.“ Der Staat solle lediglich den rechtlichen Rahmen setzen. Eingriffe in die Beitragskassen oder die Zweckentfremdung von Mitteln gefährdeten die Funktionsfähigkeit der Systeme. Umgekehrt eröffnet die Selbstverwaltung Spielräume für eigenverantwortliches Handeln und praxisnahe Entscheidungen.

Mehr Bürgernähe schaffen

Mehr Transparenz und Mitbestimmung könnten die Attraktivität der Selbstverwaltung zusätzlich steigern. Ramb erklärt: „Die beste Werbung für die soziale Selbstverwaltung ist eine erfolgreiche Arbeit ihrer Repräsentanten.“ Digitalisierung, agile Strukturen und transparente Entscheidungen machen Ramp zufolge die Versicherungen

9

effizienter, bürgernäher und widerstandsfähiger gegenüber politischen Begehrlichkeiten: „Wer Verantwortung trägt, braucht Gestaltungsspielräume, um glaubwürdig und zukunftsfähig zu sein.“ Bei Verwaltungsausgaben von rund 25 Milliarden Euro sei das eine enorme Verantwortung gegenüber den Beitragszahlern. Für eine zukunftsfähige Selbstverwaltung nennt Ramb fünf zentrale Handlungsfelder: Erstens klare Zuständigkeiten zwischen Ehrenamt und Hauptamt. Grundsatzentscheidungen – etwa zu Strategie, Organisation, Personal und Finanzen – sollten in den Händen der ehrenamtlichen Selbstverwaltung liegen, während die Geschäftsführung die laufenden Geschäfte verantwortet. Zweitens echte Haushaltsautonomie, ohne politische Genehmigungspflichten. Drittens unabhängige Personalentscheidungen für Vorstand und Geschäftsführung, frei von politischem Einfluss. Viertens wirksamer Rechtsschutz: Sozialversicherungen müssen sich gegen staatliche Eingriffe wehren und Verfassungsbeschwerden einlegen können. Fünftens sollte die Selbstverwaltung ausdrücklich im Grundgesetz verankert werden. P

»Die beste Werbung für die soziale Selbstverwaltung ist eine erfolgreiche Arbeit ihrer Repräsentanten.«

Christina Ramb, Mitglied der Hauptgeschäftsführung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit





»Das Fenster für echte Reformen steht so weit offen wie lange nicht.«

.....
Carsten Linnemann, über die Chance, mutige politische Entscheidungen zu treffen

»Im Frühjahr gibt es keine Ausreden mehr«

Deutschland steht vor einem Wendepunkt, sagt CDU-Generalsekretär **CARSTEN LINNEMANN**. Nun gilt es, Mut aufzubringen, den Sozialstaat zu entrümpeln, die Wirtschaft zu entlasten und ein Reformpaket historischen Ausmaßes durchzusetzen.

Herr Linnemann, der Reformbedarf im Sozialstaat ist so enorm, dass man sich fragt: Ist die Politik überhaupt in der Lage, diesen Kraftakt zu vollbringen?

Carsten Linnemann: Wenn man in die Empirie schaut und in die Historie: eher nein. Die Herausforderungen sind wirklich riesig.

Glauben Sie selbst nicht daran, dass diese Herausforderungen gelöst werden können?

Linnemann: Abgesehen von den Hartz-IV-Reformen ist in den letzten Jahrzehnten nicht viel passiert oder, sagen wir besser, geglückt. Im Gegenteil, wir haben inzwischen über 500 verschiedene Sozialleistungen ...

Das Sozialbudget liegt bei 1,3 Billionen Euro ...

Linnemann: ... und über 50 Sozialleistungen gibt es allein für Jugendliche und Kinder. Nehmen wir das Beispiel aus der Studie von Julia Jäkel, Peer Steinbrück, Andreas Voßkuhle und Thomas de Maizière. Eine alleinerziehende Frau mit einem pflegebedürftigen Vater hat Anspruch auf zehn Sozialleistungen aus fünf Ministerien, und sie muss zu acht Bewilligungsstellen laufen, um an das Geld zu kommen. Das zeigt, welches Wirrwarr wir da haben und dass die Politik es eigentlich immer nur schlimmer gemacht hat. Deswegen denke ich Tag und Nacht darüber nach, wie wir es jetzt besser machen können und müssen.

Hilft nur noch eine Radikalkur, weil wir die Einzelfallgerechtigkeit zum Grundmuster dieses Sozialstaats haben werden lassen?

Linnemann: Ja, absolut. Es ist ja übrigens nicht alles politisch hausgemacht, sondern auch dort setzen sich Wirtschaftsakteure für Einzelfallgerechtigkeit ein, um ihre Position im Wettbewerb und ihre Marktmacht abzusichern. Aber wir können und müssen mutig sein. Beispiel Aktivrente: Wir sagen jetzt, jeder, der das gesetzliche Rentenalter erreicht hat, kann zusätzlich 2.000 Euro im Monat steuerfrei dazuverdienen. Da haben wir uns durchgesetzt gegen alle Widerstände. Diesen Mut müssen wir insgesamt an den Tag legen.

Vita

Carsten Linnemann

ist promovierter Volkswirt, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und seit 2023 Generalsekretär der CDU Deutschlands. Er setzt sich insbesondere für Reformen im Sozialstaat ein, die Leistung und Eigenverantwortung stärken, sowie für die Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Aber ist nicht gerade die Aktivrente ein Beispiel für eine widersprüchliche politische Logik. Weil wir uns an die Rente mit 64 nicht rantrauen, subventionieren wir die Mehrarbeit in der Rente.

Linnemann: Da ist eine Schwachstelle, da will ich gar nicht drum herumreden. Trotzdem ist die Aktivrente richtig, weil sie den Blick auf das Arbeiten im Alter verändert und damit einen Kulturwandel einleiten kann. Bei der Rentenpolitik fehlt bisher der große Wurf. Der muss aber kommen, und zwar möglichst schnell. Daher sollte die Rentenkommission meines Erachtens höchstens zwölf Wochen tagen und dann im Frühjahr fertig sein. Und dann müssen wir bis Sommer eine Reform vorlegen.

Die Dramatik in der Wirtschaft ist belegt. In der Metall- und Elektro-Industrie liegt das Produktionsvolumen 18 Prozent unter dem Vorkrisenniveau 2018 und laut ifo berichtet jedes dritte Unternehmen von schlechteren Wettbewerbsbedingungen. Warum führt diese Dynamik nicht zu entschiedenen Maßnahmen und einem umfassenden Reformpaket? Welche Zahlen brauchen Sie noch?

Linnemann: Die Frage kann nicht besser gestellt sein: Warum wachen wir in der Politik nicht auf, wenn uns jeden Tag eine Hiobsbotschaft nach der anderen vorgelegt wird, wenn selbst Leute wie Clemens Fuest vom Niedergang der deutschen Wirtschaft sprechen?

Und warum nicht? Der Siemens-Chef sagt: „So ein Unternehmen würde ich hier nie wieder aufbauen.“ Das sagt der wichtigste Industriemanager Deutschlands.

Linnemann: Ich bin der festen Überzeugung, es wird diesen Moment geben, wo wir Mut beweisen müssen, wo es sich entscheiden wird. Das Fenster für echte Reformen steht jedenfalls so weit offen wie lange nicht. Die Menschen erwarten von uns, dass wir jetzt beherzt durchgreifen. Wir können die Themen alle durchgehen.

Ja, müssen wir auch.

Linnemann: In der Vergangenheit gab es in 

der Regel einen exogenen Schock. Bei Herrn Schröder waren es über fünf Millionen Arbeitslose.

Das war eine Schockzahl, ja. Aber heute verlieren wir 10.000 Industriearbeitsplätze pro Monat.

Linnemann: Der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine war auch so ein Schock, wo auf einmal 100 Milliarden für das Sondervermögen Bundeswehr beschlossen wurden. Einen solchen Schockmoment, der alles in den Schatten stellt, haben wir heute nicht. Deshalb tut sich die Politik so schwer.

Muss erst VW Pleite gehen oder Siemens 20.000 Menschen entlassen, damit Sie einen Schockmoment verspüren?

Linnemann: So weit darf es gar nicht erst kommen!

Aber was können Sie tun? Warum sagen Sie nicht: Passt auf, der Koalitionsausschuss trifft sich vor Weihnachten zwei Tage, und wir kommen nicht raus, wenn wir nicht den Sozialstaat grundlegend neu aufgestellt haben und die Lohnsatzkosten mit einem Plan wieder unter 40 Prozent gesenkt haben? Wir schreiben wenigstens den Plan dazu auf. Warum nicht? Weil die Analyse eine andere ist in der Koalition? Oder weil Sie da alleine sind?

Linnemann: Nein, wohl eher, weil die Kommissionen zur Rente, zur Gesundheit und zur Pflege noch laufen. Ich verstehe, dass man da die Ergebnisse erst abwarten will, um eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zu haben. Jedenfalls dürfen wir die Verantwortung nicht in die Kommission abschieben. Es gibt ja kein Erkenntnisproblem! Weder bei Gesundheit noch bei Pflege noch bei Rente. Die Frage ist, ob wir den Mut haben, zu springen. Spätestens im Frühjahr gibt es keine Ausreden mehr.

Was macht Sie zuversichtlich, dass so eine Gesundheitskommission an die Leistungen, etwa ein Karenztag, geht, um die Kosten wirklich zu dämpfen, obwohl die Maßnahme maximal unpopulär wäre.

Linnemann: Weil der Abstand vom Rücken zur Wand so schmal ist wie nie zuvor. Dieses Jahr tun wir uns schon schwer, in der gesetzlichen Krankenversicherung zwei Milliarden Euro zu

finanzieren. Nächstes Jahr fehlen 19 bis 20 Milliarden Euro in der GKV. Das heißt: Dann ist Schluss. Da können wir nicht noch neue Kredite in das System geben. Wir zahlen im Bundeshaushalt schon jetzt für Zinsen rund 40 Milliarden Euro. Es braucht also mehr Effizienz. Hier mal einige Beispiele, wo man ansetzen könnte: Wir haben zwei Millionen Operationen zu viel, weil wir zu viel stationär machen oder zu wenig ambulant. Oder: Mehr als 50 Prozent der Notfallpatienten kommen wegen einfacher Beschwerden wie etwa Husten oder Schnupfen. Eine Notfallambulanz aber ist, wie der Name schon sagt, für den Notfall da. Kurzum, wir werden unbequeme Entscheidungen treffen müssen. Und ich gehe davon aus, dass das nur funktioniert, wenn wir nicht mit der Salamtaktik vorgehen, sondern ein Gesamtpaket vorlegen. Ein Paket mit Reformen, die nicht nur der SPD, sondern auch uns selbst, der Union, etwas abverlangt. Jede Seite wird über ihren Schatten springen müssen.

Die Wirtschaft glaubt nicht mehr an ein Reformpaket. Selbst wenn wir bei den Lohnnebenkosten die 42 Prozent auch nur halten könnten, wären wir immer noch an der Spitze in der OECD bei Steuern und Abgaben. Das heißt, eigentlich müsste die Politik so radikal vorgehen, dass man unter die 40 kommt, dass man mal wieder Wettbewerbsfähigkeit dazugewinnt. Wir arbeiten so wenig wie kaum ein anderes europäisches Land, sind aber

»Wir spielen gerade das Finale um die Frage, ob Deutschland weiter Wohlstand erarbeiten kann oder nicht.«

Carsten Linnemann, über den politischen Kraftakt, der den Wirtschaftsstandort Deutschland retten soll

so krank wie kaum ein anderes.

Linnemann: (*lacht*) In der Politik möchte ich eine solche Rede mal sehen.

Muss die nicht vielleicht gehalten werden?

Linnemann: Ja, ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen: Ich glaube, wir müssen das ganze System umbauen. Man müsste eine Debatte führen über eine Entkopplung der Sozialleistungen vom Faktor Arbeit. Über Jahrzehnte war das kein Problem, weil wir um so viel besser waren, wie wir teurer waren. Wir sind aber jetzt nicht mehr um so viel besser, wie wir teurer sind. Das ist wie ein Kaugummi am Fuß, der immer größer wird, je mehr man geht, und irgendwann kriegen wir die Hacken nicht mehr hoch. Wir müssen über Eigenverantwortung, über Grundabsicherung reden. Wir brauchen eine Entrümpelung beim Thema Arbeitsmarkt. Wir brauchen eine volle Flexibilität bei der Arbeitszeit und eigentlich im Gehaltsbereich ein Optionsrecht, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer entscheiden können, ob sie den Kündigungsschutz haben wollen. Ich will das nicht im unteren Bereich haben. Aber wenn einer mehr als 100.000 Euro verdient, dann lasst sie das doch unter sich besprechen. Peer Steinbrück hat einen guten Satz gesagt: „Wenn wir den Sozialstaat nicht entrümpeln, zielgerichtet ausrichten, haben wir irgendwann keinen Sozialstaat mehr, sondern einen Sozialfall.“ Es ist eine Riesenchance, zu einer Politikergeneration zu gehören, die jetzt die Chance hat, das Ruder herumzureißen. Wir müssen es nur machen.

Das klingt, als hätten wir auch in Deutschland ein Mentalitätsproblem. Sind wir von der Aufsteiger- und Leistungsrepublik, wie wir es in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg waren, zu einer Anspruchsmentalitätsgesellschaft geworden?

Linnemann: Der Staat ist auch selbst schuld. Unser demokratisches System basiert auf der Sozialen Marktwirtschaft. Und die funktioniert nur, wenn der Einzelne Freiheiten hat und Eigenverantwortung leben kann. Wenn wir aber die Menschen überregulieren und überbürokratisieren, können sie Eigenverantwortung gar nicht leben. Dann werden wir gegen autokratische Staa-



ten keine Chance haben. Wir können nur gewinnen über unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das dem Einzelnen den Freiraum gibt, sich zu entfalten. Mich schrieb neulich Frank-Jürgen Weise an, der frühere Chef der Bundesagentur für Arbeit; er fragte, ob wir verrückt seien, dass die Wirtschaft immer noch manuell Statistiken erstellen muss. Da hat er doch recht! Da muss der Staat endlich gegensteuern. Die Frage geht aber auch nach Brüssel, wo immer wieder neue Bürokratie erdacht wird.

60 Prozent der Bürokratie in deutschen Unternehmen hat ihren Ursprung in Brüssel.

Linnemann: Genau. Es ist daher gut, dass 19 Staats- und Regierungschefs der Initiative von Friedrich Merz gefolgt sind und einen Brief an die Kommission geschrieben haben, in dem sie dazu aufgefordert wird, beim Bürokratieabbau endlich voranzukommen.

Noch mal: Wie kann es gehen? 250.000 Arbeitsplätze sind in der Industrie verloren gegangen seit 2019. Jeder Einzelne spürt doch in seinem Umfeld, dass irgendwo etwas wegbricht, auch wenn es vielleicht schleichend passiert. Braucht es eine konzertierte Aktion, vielleicht auch mit den Gewerkschaften, deren Mitglieder das doch auch spüren?

Linnemann: Ja, das wäre richtig. Ich versuche jeden Tag, etwa mit meinem Amtskollegen von der SPD, Tim Klüssendorf, diese Themen voranzubringen. Das ist der Grund, warum ich in der Politik bin. Wir spielen gerade das Finale. Das Finale um die Frage, wird Deutschland weiter Wohlstand erarbeiten können oder nicht, findet jetzt statt. Die Historiker werden in 20 oder 30 Jahren zurückblicken und die Frage beantworten: Haben wir es damals geschafft oder nicht? Wir müssen jetzt nur aufpassen – wir können jetzt nicht künstlich versuchen, Dinge in Deutschland zu subventionieren, wo wir wissen, die werden über kurz oder lang aus Asien kommen. Ich glaube, Deutschlands Stärke ist Losgröße 1. Wir sind Qualitätsführer. Wir können jede Maschine anders bauen, wenn wir das kombinieren mit Digitalisierung, mit KI, mit Robotik. Wir haben nichts im Boden liegen, keine Rohstoffe, aber was in der Birne.

*Das Gespräch führte
Michael Bröcker*

»Schmerzhaft ist es schon ab 40 Prozent«

Wirtschaftsweiser **PROF. DR. MARTIN WERDING** spricht über steigende Sozialabgaben, die Belastung der Wirtschaft in angespannten Zeitungen und die nur unzureichenden Reformbemühungen der Bundesregierung.

Die Soziale Marktwirtschaft galt lange als Garant für Wohlstand und Stabilität. Sie verbindet das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs. Heute jedoch stößt der Sozialstaat zusehends an seine Grenzen.

Prof. Martin Werding: Soziale Marktwirtschaft war immer schon ein spannungsreicher Begriff. Teils gehen die beiden Komponenten Hand in Hand, teils entstehen Konflikte, die sich im Lauf der Zeit auch noch verlagern. Das Fundament steht, aber das Verhältnis muss neu ausbalanciert werden. Die ungünstige Lage und Perspektiven unserer Wirtschaft in einer Welt mit massiven geopolitischen Umbrüchen zeigen das glasklar.

Was muss geschehen, um eine stabile soziale Sicherung zu erhalten?

Werding: Wirtschaft und Einkommen müssen wieder wachsen. Und in jedem Zweig der sozialen Sicherung muss geprüft werden, wie dringlich die staatlichen Eingriffe sind, was sie kosten und welche Nebenwirkungen sie erzeugen. Ein anziehendes Wachstum ermöglicht dabei offenere Diskussionen über Sozialreformen und umgekehrt. Deshalb braucht es zeitnah Impulse für beides.

Viele Ökonomen warnen, dass steigende Sozialabgaben die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedrohen. Wird aus sozialem Ausgleich ein Standortnachteil?

Werding: Hohe Sozialbeiträge drücken nicht nur die Nettolöhne, sondern treiben zugleich die Arbeitskosten hoch. Das belastet dann auch Investitionen und Arbeitsmarkt. Deutschland hat weitere Standortnachteile: Energiepreise, Bürokratie, Fachkräfteengpässe, Steuern – wenn die Sozialbeiträge aus dem Ruder laufen, wird die Situation toxisch, für Unternehmen wie für Beschäftigte.

Gibt es für Sie eine „Schmerzgrenze“ bei der Sozialabgabenquote?

Werding: Ich meine, schmerzhaft ist es schon ab 40 Prozent. Das haben wir um das Jahr 2000 herum gespürt und merken es jetzt wieder. Da-

Vita

Prof. Dr. Martin Werding ist Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum. Darüber hinaus ist er Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft und gehört damit zu den Wirtschaftsweisen, die die Bundesregierung wirtschaftspolitisch beraten.

mals musste man vor allem den Arbeitsmarkt in Schwung bringen, die Arbeitslosenquote sank dann bis 2019 von 12 auf 5 Prozent. Den bevorstehenden Anstieg des Altenquotienten kann man dagegen nicht so leicht stoppen.

Wenn Sie an den deutschen Sozialstaat als Ganzes denken: Wo wäre aus Ihrer Sicht der größte Hebel, um das System zukunftsfest zu machen?

Werding: Diesmal gibt es nicht den einen Hebel. Bei Gesundheit und Pflege verschwenden wir Beitragsmittel für eine ineffiziente Versorgung. Um das zu ändern, braucht es nicht unbedingt Leistungskürzungen, aber Maßnahmen, die Versorger und auch Patienten zu mehr Kostenbewusstsein bringen. Die Rente wandelt Beiträge direkt in Geldleistungen um. Dort muss man die demografische Last möglichst breit und fair teilen. Länger arbeiten ist wichtig, das hilft allen drei Systemen.

Die Reformbemühungen der Bundesregierung benoteten sie vor Kurzem als „knapp genügend“. Woran fehlt es ihr aktuell mehr – an Weitsicht oder dem nötigen Mut?


Werding: Die Probleme sind bekannt. Wer sie nicht sieht, will sie nicht sehen. Ich denke daher, es fehlt der Mut. Wobei, wie viel politischer Mut gehört eigentlich dazu, die nötigen Reformen anzugehen? Man muss Wählern erklären, dass es so nicht weitergeht. Die meisten merken das längst.

Wenn Sie in zehn Jahren zurückblicken: Was müsste geschehen sein, damit Sie sagen:

„Ja, wir haben den Sozialstaat modernisiert, ohne den sozialen Ausgleich zu verlieren“?

Werding: Die letzte Reformphase hat volle zehn Jahre gedauert. Am Ende gab es sehr ermutigende Anzeichen am Arbeitsmarkt, aber noch keine klare Entwarnung. Diesmal wäre es wichtig zu sehen, dass die politischen Gegebenheiten nicht ins Extreme kippen, dass Bildung Jobsicherheit und Aufstiegsmöglichkeiten verspricht und dass es wieder mehr Investitionen und Innovationen gibt.

Das Interview führte Oliver Zander

A close-up portrait of Prof. Dr. Martin Werding, an older man with white hair, wearing glasses, a white shirt, and a patterned tie. He is looking slightly upwards and to the right with a serious expression. The background is dark.

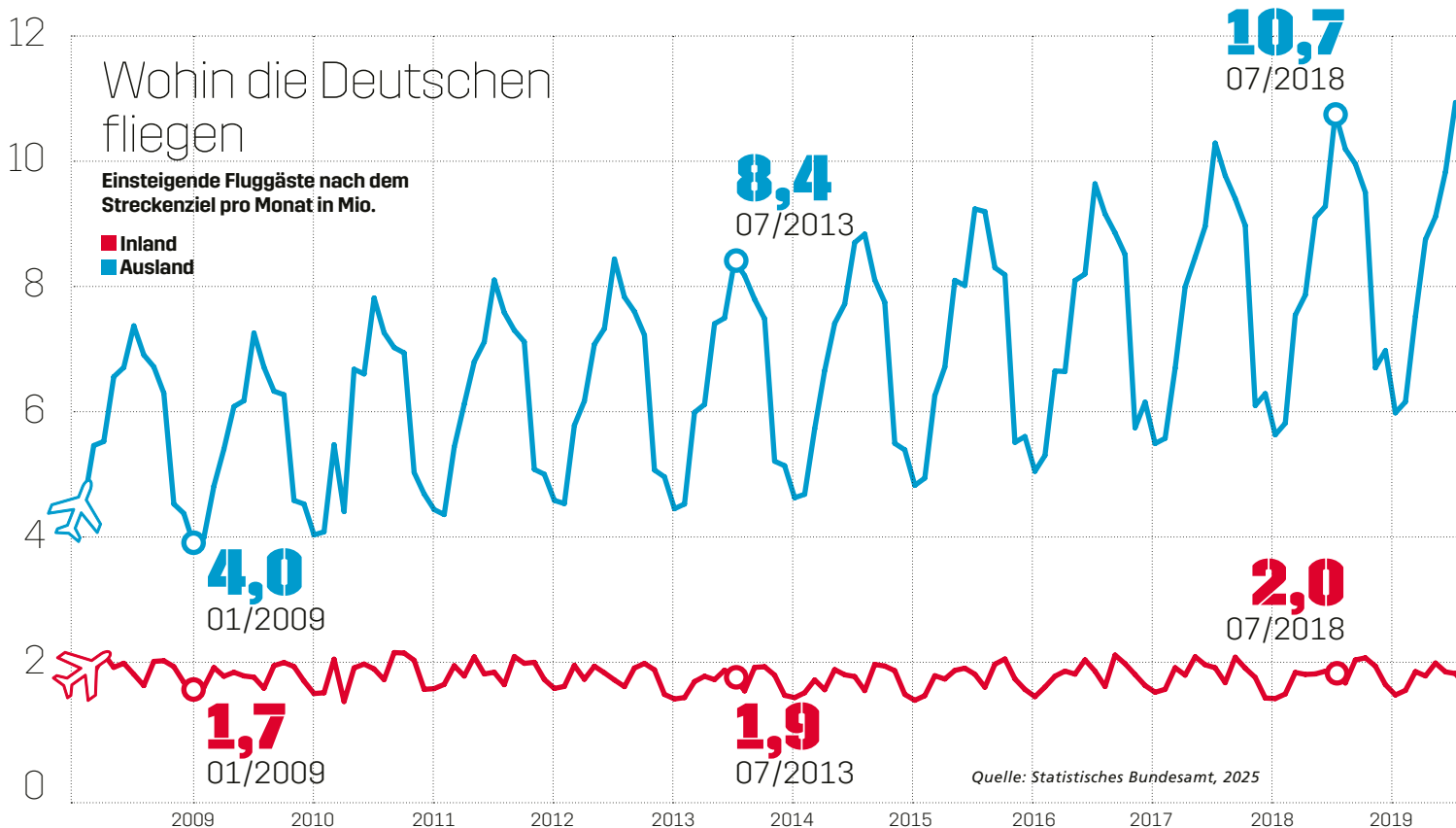
»Hohe Sozialbeiträge belasten Löhne, Arbeitsmarkt und Investitionen und machen die Situation für Unternehmen und Beschäftigte toxisch.«

Prof. Dr. Martin Werding, über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft



Wie kann man den Luftverkehrsstandort Deutschland verbessern?

Die innerdeutsche Luftfahrt steckt in der Krise: Corona, Klimaschutz und politische Zurückhaltung lassen Fluggastzahlen sinken. Besonders Regionalflughäfen kämpfen – und mit ihnen viele Jobs. Kleine Veränderungen könnten die Branche wiederbeleben.



1. Das Problem:

Die „fetten Jahre“ für die innerdeutsche Luftfahrt sind vorbei: Noch im Jahr 2019 flogen rund 27 Prozent der Passagiere innerdeutsch. Die Verbindungen innerhalb des Landes waren stabil. Und zahlreiche Flughäfen konnten mit einem breiten Angebot an Inlandsflügen aufwarten – ein wichtiger Faktor für die regionale Mobilität und Wirtschaft. Seit Beginn der Corona-Pandemie hat sich dieses Bild grundlegend geändert. Die Anzahl der Passagiere ist deutlich zurückgegangen: Von etwa 942.000 Flügen im Jahr 2019 sank sie auf rund 715.000 Flüge in den ersten zehn Monaten 2023, womit der Anteil innerdeutscher Flüge an allen deutschen Starts auf etwa 20,6 Prozent gefallen ist. Während Frankfurt und München als Drehkreuze noch fast 62 Prozent des Vor-Corona-Niveaus erreichen, liegt das Angebot auf dezentralen innerdeutschen Strecken bei nur noch 21 Prozent. Diese Entwicklung hat spürbare Folgen für die Fluggesellschaften und die regionalen Flughäfen, die mit sinkenden Passagierzahlen und erhöhtem Kostendruck kämpfen. Eine deutliche Angebotsreduktion zeigt sich beispielsweise bei der Fluggesellschaft Ryanair, die im Winter 2025 plant, 800.000 Sitz-

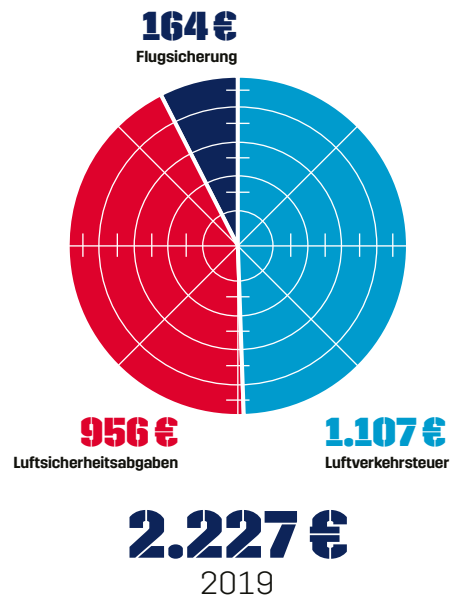
plätze zu streichen und 24 Strecken an neun deutschen Flughäfen einzustellen. Auch Lufthansa prüft die Streichung von rund 100 innerdeutschen Flügen pro Woche – was etwa 10 Prozent des innerdeutschen Flugverkehrs der Airline entspricht. Der Rückgang trifft vor allem Regionalflughäfen und angrenzende Wirtschaftszweige. So verzeichnete der Regionalflughafen Erfurt-Weimar einen Passagierrückgang von über 65 Prozent seit 2004, mit nur noch knapp 170.000 Fluggästen im Jahr 2024. Das führt zu empfindlichen Einnahmeverlusten bei Flughafengesellschaften. Darüber hinaus schrumpfen die Umsätze in der Hotellerie im Schnitt um bis zu 20 Prozent in Flughafennähe, da Geschäftsreisende und Touristen ausbleiben. Auch Taxiunternehmen und lokale Gastronomiebetriebe berichten von erheblichen Umsatzeinbrüchen. Studien gehen davon aus, dass an größeren Regionalflughäfen und deren Umfeld insgesamt mehrere Tausend Arbeitsplätze bedroht sind. Zum Beispiel sind bei der Mitteldeutschen Flughafen AG (Leipzig/Halle und Dresden) etwa 1.300 Mitarbeitende beschäftigt.

2. Die Gründe:

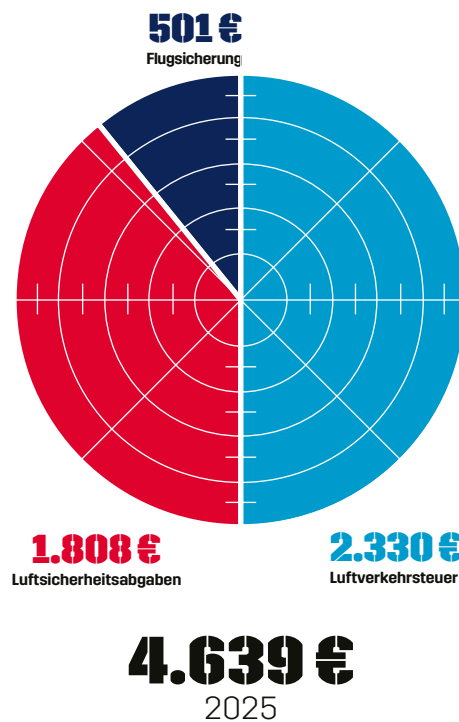
Als Hauptgrund dieser Entwicklung ist die Corona-Pandemie längst identifiziert. Seitdem haben sich die Fluggesellschaften nicht mehr vollständig erholen können, auch weil es bisher an einer politischen Unterstützung fehlt. Stark gestiegene Gebühren und Steuern, und eine insgesamt schwache wirtschaftliche Lage setzen die Airlines zusätzlich unter Druck. Dieser Kostendruck führt dazu, dass innerdeutsche Strecken zunehmend unrentabel geworden sind, was massive Angebotskürzungen zur Folge hat. Am Beispiel Flughafen Düsseldorf zeigt sich, dass die staatlich verordneten Kosten für Airlines seit 2019 um 108 Prozent gestiegen sind – von 2.227 auf 4.639 Euro pro Flug. Ein signifikanter Anteil entfällt dabei auf die Luftverkehrssteuer, die rund 50 Prozent der Kosten ausmacht. Besonders stark erhöhten sich die Flugsicherungsgebühren mit einem Anstieg von 201 Prozent, bedingt durch die Umlage von Verlusten aus der Corona-Zeit. Zudem führte die Erhöhung der Luftsicherheitsgebühr von maximal 10 auf bis zu 15 Euro pro Passagier zu weiteren Mehrkosten. Ins-

Gebühren und Steuern haben sich mehr als verdoppelt

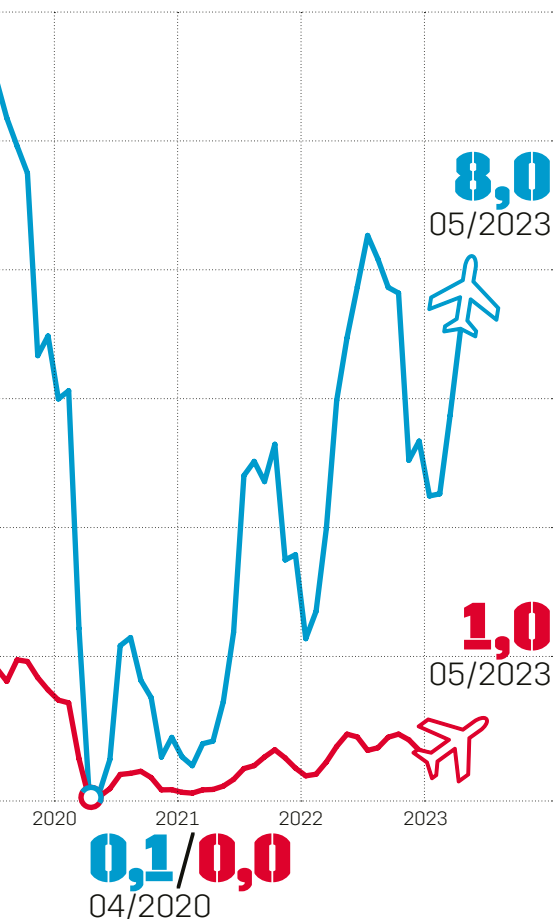
Beispiel Flughafen Düsseldorf



+108 %



Quelle: RDC Datenbank, eigene Berechnungen / Innereuropäischer Flug, A320, 150 Passagiere, inkl. Luftsicherheitsentgelte



gesamt summieren sich die Kostenbelastungen für den Luftverkehrsstandort Deutschland im Jahr 2025 auf etwa 1,2 Milliarden Euro gegenüber den Vorjahren. Diese drastische Kostensteigerung belastet Fluggesellschaften stark und ist ein wesentlicher Grund für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere im innerdeutschen Streckennetz. Im internationalen Vergleich zeigt sich die Schieflage besonders deutlich: Laut Lufthansa seien Steuern und staatliche Abgaben an deutschen Flughäfen teilweise bis zu siebenmal höher als etwa in Madrid. Das unterstreicht auch Dr. Kay Lindemann, Leiter Konzernpolitik der Lufthansa Group: „In keinem anderen EU-Land ist Fliegen teurer als in Deutschland. Bei der Erholung nach Corona liegt Deutschland auf Rang 28 von 31 europäischen Ländern. [...] Um Konnektivität in und ab Deutschland zu erhalten, braucht es dringend Entlastungen bei den Kosten für Luftsicherheit und Flugsicherheit sowie bei der Luftverkehrssteuer. Immer mehr Regionen Deutschlands werden aktuell vom Luftverkehr abgehängt.“

Neben den Kosten spielt das weiter gestiegene Umweltbewusstsein in Gesellschaft und Unternehmen eine zentrale Rolle. Viele Firmen haben in den letzten Jahren nachhaltige Mobilitätsrichtlinien eingeführt, die Flüge auf Kurzstrecken zugunsten umweltfreundlicher Alternativen wie Bahnreisen verbieten oder stark einschränken. So haben Unternehmen wie Deutsche Telekom, Siemens, SAP und Bosch verbindliche „Pro-Bahn“-Policies implementiert, die innerdeutsche Dienstreisen grundsätzlich auf die Bahn verlegen, sofern die Anreisezeit unter sechs Stunden liegt. 84 Prozent der innerdeutschen Geschäftsreisen werden mittlerweile mit der Bahn durchgeführt, eine Steigerung von 30 Prozentpunkten gegenüber der Zeit vor der Pandemie. Darüber hinaus ersetzen Videokonferenzen Dienstreisen in vielen Fällen vollständig.

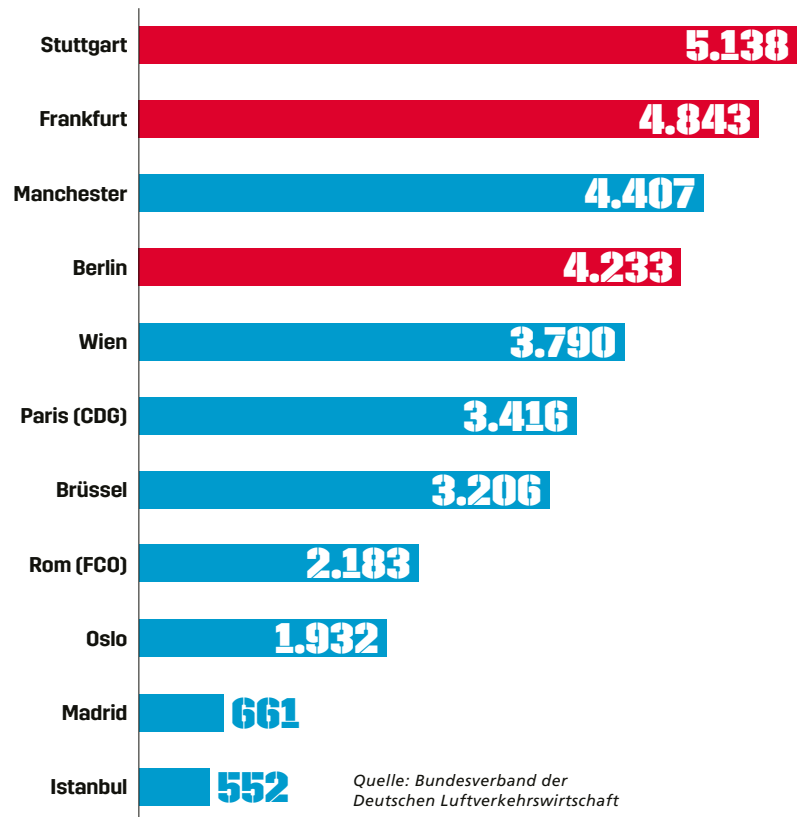
3. Die Lösung:

Als Lösungsansatz wird von Experten und Verbänden vor allem die Reduzierung von Gebühren und Steuern für Fluggesellschaften hervorgehoben. Die Luftverkehrssteuer und Gebühren an Flughäfen sollen gesenkt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Einen ersten Schritt unter-

Luftverkehr unter Kostendruck



Staatliche Standortkosten im Vergleich in Euro für einen Mittelstreckenflug mit einer A320; 180 Sitzplätze, 80 Prozent Auslastung; Stand Februar 2025



nahm die Bundesregierung Mitte November, als sie sich auf eine Senkung der Ticketsteuer im Flugverkehr einigte. Dadurch soll die deutsche Luftfahrtindustrie ab Mitte des kommenden Jahres um rund 350 Millionen Euro entlastet und im internationalen Wettbewerb gestärkt werden. Auch die beimischungspflichtige Quote für nachhaltige Flugkraftstoffe (PtL-Quote) steht in der Kritik, da sie bislang die Kosten für Airlines weiter erhöht. Die Power-to-Liquid-Quote umfasst dabei sogenannte E-Fuels. Diese synthetischen Kraftstoffe, hergestellt aus erneuerbaren Energien und CO₂, können die CO₂-Emissionen der Luftfahrt um bis zu 90 Prozent reduzieren und sind ein Schlüssel zur klimafreundlichen Transformation der Branche. Die Produktion von E-Fuels ist jedoch derzeit begrenzt und teuer, weshalb sie verstärkte Unterstützung benötigen, um industriell nutzbar zu werden.

Die Zukunft des Luftverkehrs in Deutschland braucht ein ausgewogenes Zusammenspiel aus Kostensenkungen, innovativen Technologien zur Dekar-

bonisierung und Investitionen in Infrastruktur. Wichtig ist ein Schulterchluss mit der Deutschen Bahn: Bei allen Investitionen und ökologischem Umdenken in Richtung Bahnverkehr sehen 71 Prozent der Unternehmen die Schieneninfrastruktur als Hemmnis für ihren Standort und Geschäftsverkehr an. Diese Lücke könnte der Inlandsflugverkehr schließen und so wieder an Bedeutung gewinnen. Auch die Überlastung durch digitale Termine könnte dem Flugverkehr in die Karten spielen. Mehr als 80 Prozent der befragten Top-Managerinnen und -Manager in Deutschland vermissen im Jahr 2022 aufgrund vermehrter virtueller Geschäftskommunikation die persönlichen Begegnungen mit Kollegen und Geschäftspartnern. Fast die Hälfte der Befragten bemängelte zudem, dass es weniger Möglichkeiten des Netzwerkers gab. Diese Entwicklung könnte künftig wieder mehr Präsenztermine und damit eine steigende Nachfrage im Flugverkehr begünstigen. Vielleicht bewahrheitet sich hierbei der alte Satz: Es gibt keine Probleme, nur Chancen. P



Mathematik,
Informatik,
Naturwissenschaften
und Technik:
Testen Sie Ihr
Wissen im
MINT-Quiz

Ist ein Spinnenfaden stärker als Stahl?

Im Actionfilm schwingt sich Spiderman an seinen Spinnenfäden über die Dächer von New York, fängt Verbrecher und rettet nebenbei die Welt. Doch auch in der Natur ist Spinnenseide ein erstaunliches Material: Sie hält das Netz stabil und zugleich flexibel – perfekt, um Beute zu fangen und der Spinne als Rückzugsort zu dienen. Kein Wunder, dass Forschende sie seit Jahren als „Superfaser der Natur“ bezeichnen und versuchen, sie künstlich nachzubilden. Denn bezogen auf die reine Materialbeschaffenheit kann ein Spinnenfaden Werkstoffe der Neuzeit mit links schlagen.

Wissen Sie, woran das liegt?

A An elastischen und gleichzeitig stabilen Eiweißmolekülen

B Spinnenseide enthält Metallpartikel

C Spinnenseide wird durch Sauerstoff besonders hart



Nachruf

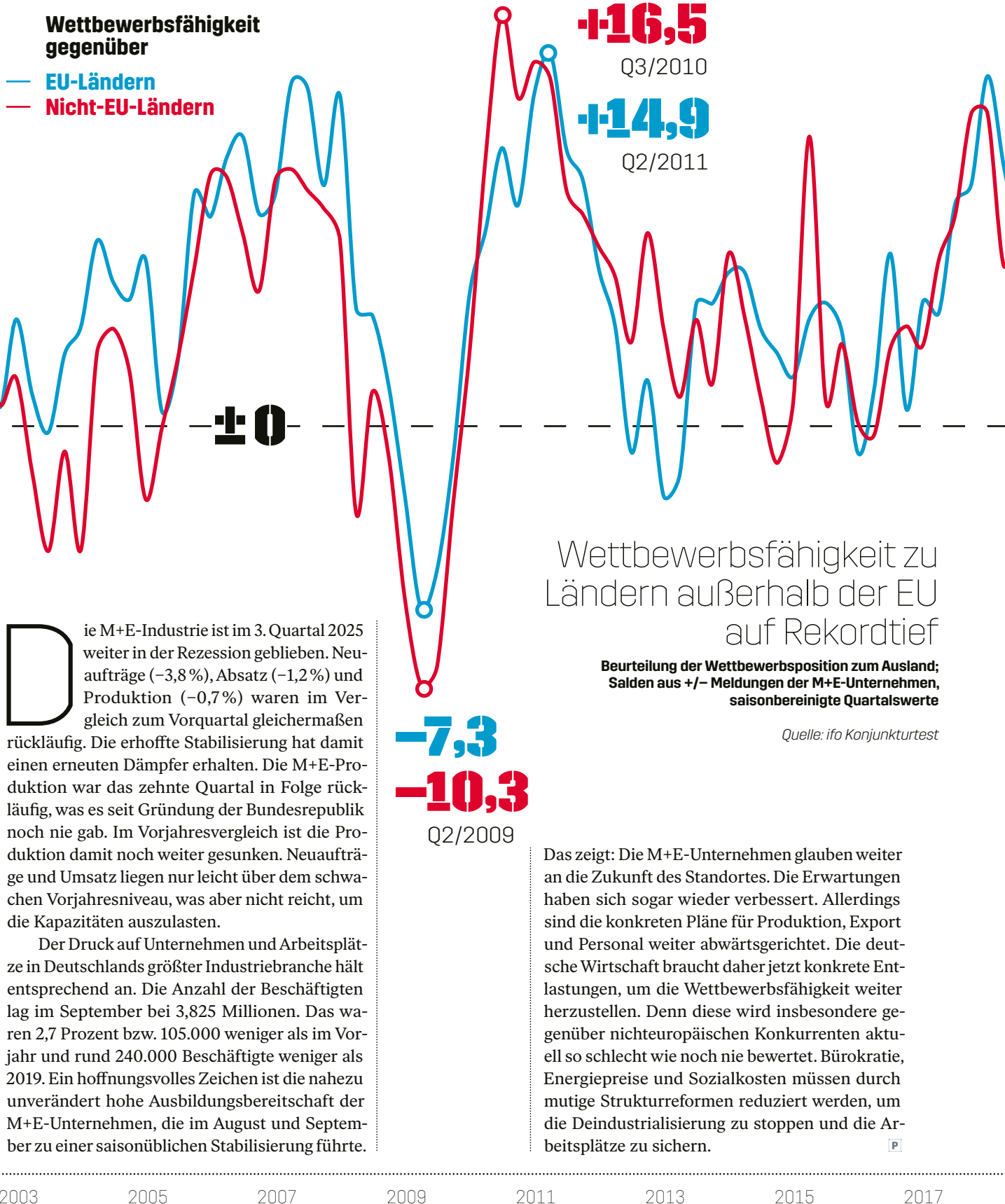
Trauer um Prof. Dr. Eckhard Kreßel

Prof. Dr. iur. Eckhard Kreßel, langjähriger Vorsitzender der Berufsgenossenschaft Holz und Metall auf der Arbeitgeberseite und Vorsitzender des Hauptausschusses der Kliniken der gesetzlichen Unfallversicherung, ist im Alter von 67 Jahren verstorben. Als vormaliger Personalmanager der Daimler AG und außerordentlicher Professor an der Universität Würzburg verband er Menschlichkeit, große Fachkompetenz und einen klaren Blick für das Notwendige und Machbare.

Spinnenseide ist ein echtes Wunder der Natur. Die Fäden, die Spinnen für ihre Netze herstellen, sind dünner als ein Haar, aber gleichzeitig extrem stabil und dehnbar. Tatsächlich ist Spinnenseide – bezogen auf ihr Gewicht – fünfmal so stabil wie Stahl und elastischer als Gummi. Das Geheimnis liegt im molekularen Aufbau: Spinnenfäden bestehen aus langen Ketten von Eiweißmolekülen. Diese Ketten sind in bestimmten Bereichen fest miteinander verknüpft. Hier entstehen sogenannte kristalline Bereiche, die dem Faden seine enorme Festigkeit verleihen. In anderen Bereichen hingegen bleiben die Eiweißketten locker und unverknüpft. Diese elastischen Bereiche machen die Seide dehnbar und verhindern, dass der Faden sofort reißt, wenn er belastet wird. Genau diese Kombination aus harter Struktur und flexibler Verbindung macht Spinnenseide zu einem echten Supermaterial. Bevor die Spinne einen Faden herstellt, lagert sie die Eiweißmoleküle jedoch als flüssige Lösung in ihrem Hinterleib. So verhalten sie sich nicht. Erst wenn sie wirklich spinnen möchte, presst sie die Flüssigkeit durch einen Spinnkanal. Dort ändern sich die chemischen Bedingungen: Die Eiweißmoleküle entfalten sich, ordnen sich parallel an und verbinden sich miteinander. Am Ende entsteht ein fester, strukturierter Seidenfaden, den die Spinne aus ihrer Spinnwarze zieht – stark genug, um Beute zu fangen oder sich wie Spiderman durch die Luft zu bewegen.

Die richtige Antwort: A

M+E-Industrie bleibt in der Rezession



Die M+E-Industrie ist im 3. Quartal 2025 weiter in der Rezession geblieben. Neuaufträge (-3,8%), Absatz (-1,2%) und Produktion (-0,7%) waren im Vergleich zum Vorquartal gleichermaßen rückläufig. Die erhoffte Stabilisierung hat damit einen erneuten Dämpfer erhalten. Die M+E-Produktion war das zehnte Quartal in Folge rückläufig, was es seit Gründung der Bundesrepublik noch nie gab. Im Vorjahresvergleich ist die Produktion damit noch weiter gesunken. Neuaufträge und Umsatz liegen nur leicht über dem schwachen Vorjahresniveau, was aber nicht reicht, um die Kapazitäten auszulasten.

Der Druck auf Unternehmen und Arbeitsplätze in Deutschlands größter Industriebranche hält entsprechend an. Die Anzahl der Beschäftigten lag im September bei 3,825 Millionen. Das waren 2,7 Prozent bzw. 105.000 weniger als im Vorjahr und rund 240.000 Beschäftigte weniger als 2019. Ein hoffnungsvolles Zeichen ist die nahezu unverändert hohe Ausbildungsbereitschaft der M+E-Unternehmen, die im August und September zu einer saisonüblichen Stabilisierung führte.

Wettbewerbsfähigkeit zu Ländern außerhalb der EU auf Rekordtief

Beurteilung der Wettbewerbsposition zum Ausland; Salden aus +/- Meldungen der M+E-Unternehmen, saisonbereinigte Quartalswerte

Quelle: ifo Konjunkturtest

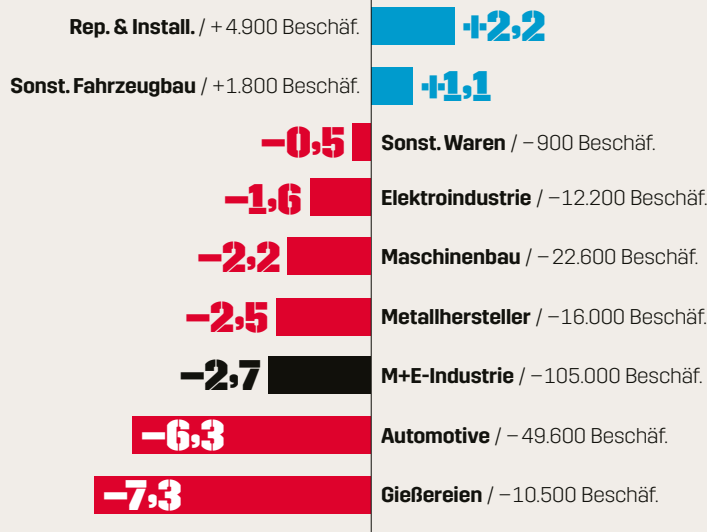
Das zeigt: Die M+E-Unternehmen glauben weiter an die Zukunft des Standortes. Die Erwartungen haben sich sogar wieder verbessert. Allerdings sind die konkreten Pläne für Produktion, Export und Personal weiter abwärtsgerichtet. Die deutsche Wirtschaft braucht daher jetzt konkrete Entlastungen, um die Wettbewerbsfähigkeit weiter herzustellen. Denn diese wird insbesondere gegenüber nichteuropäischen Konkurrenten aktuell so schlecht wie noch nie bewertet. Bürokratie, Energiepreise und Sozialkosten müssen durch mutige Strukturreformen reduziert werden, um die Deindustrialisierung zu stoppen und die Arbeitsplätze zu sichern.

Die M+E-Industrie bleibt in schwierigem Fahrwasser. Neuaufträge, Absatz und Produktion entwickeln sich schwach, während die **MANGELNDE INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DURCH HOHE KOSTEN** die Unternehmen zusätzlich belasten. Um die Lage zu stabilisieren, braucht es spürbare Entlastungen für die Wirtschaft.

Deutscher Personalabbau

Beschäftigte nach M+E-Branchen in Prozent

Veränderung zum Vorjahresmonat,
September 2025 zu September 2024; Stand 14.11.2025

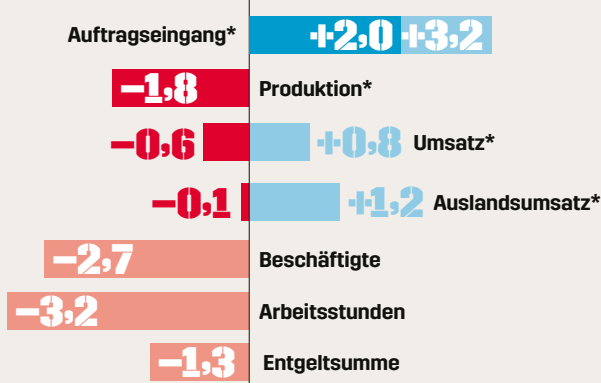


Quelle: Statistisches Bundesamt; Gesamtmetallberechnungen; Betriebe ≥ 20 Beschäftigte, hochgerechnete Werte anhand der Monatsmeldung für Betriebe ≥ 50 MA

Abwärtstrend gebremst

Entwicklung wichtiger ME-Konjunkturindikatoren in Prozent

01-09/25 zu 01-09/24; Stand 14.11.2025 ■ preisbereinigt ■ nominal

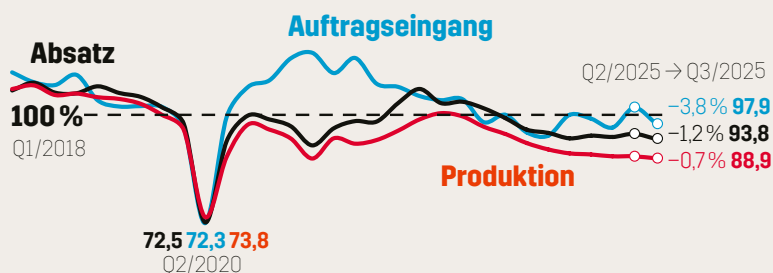


Quelle: Statistisches Bundesamt; Gesamtmetallberechnungen; *kalenderbereinigte Veränderungsrate

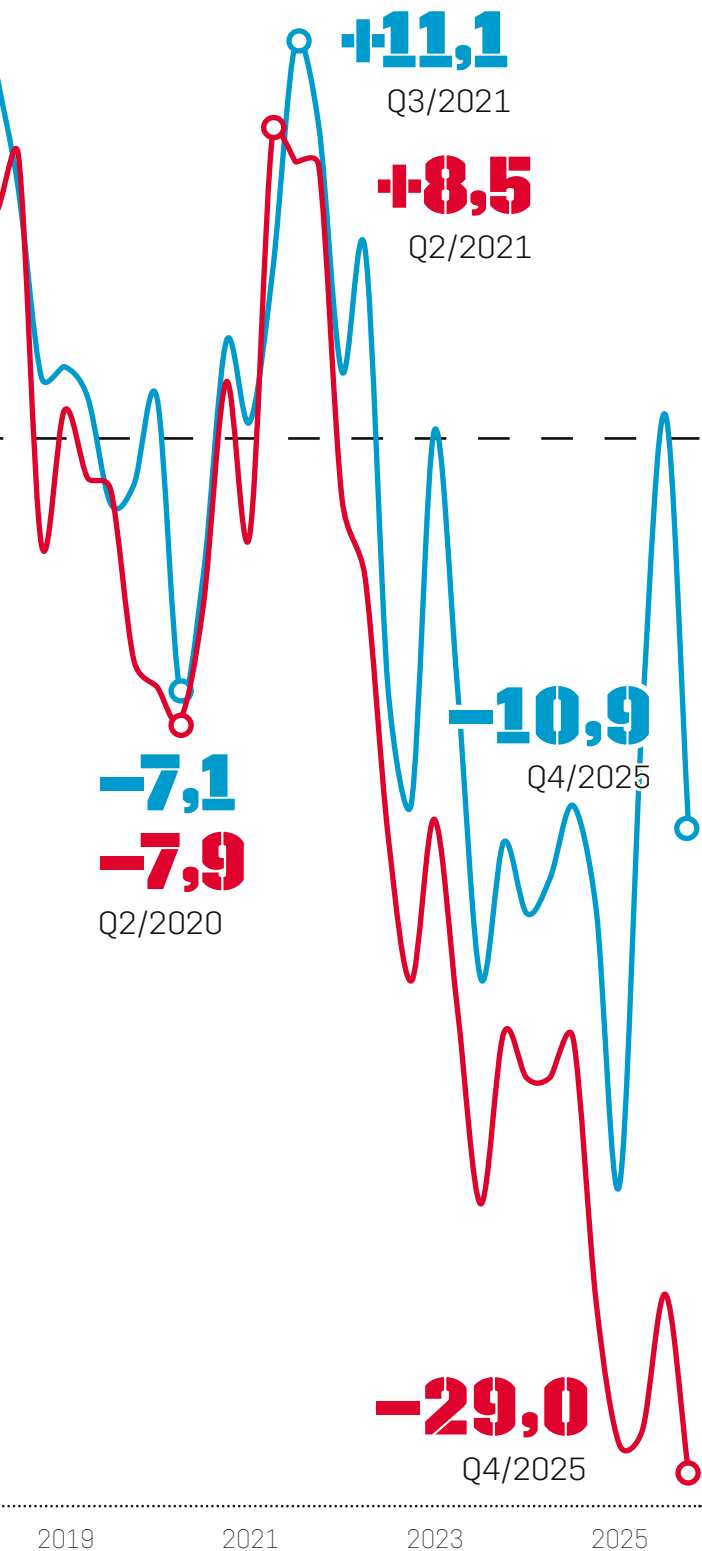
Rückschlag für erhoffte Stabilisierung

Entwicklung von Auftragseingang und Produktion M+E-Industrie

Preis-, kalender- und saisonbereinigte Indizes (Ø 2015 = 100)*;
Stand: 6.11.2025



Quelle: Statistisches Bundesamt; vorläufige Werte für Q3/2025; *Veränderungsrate inkl. WZ 32+33



2019 2021 2023 2025



Was wurde aus dem ...

Pflegezeitgesetz?

Das Pflegezeitgesetz trat 2008 in Kraft, um Beschäftigten die Pflege naher Angehöriger zu erleichtern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Es erlaubt eine bis zu sechsmonatige unbezahlte (teilweise) Freistellung. Mittlerweile wird für eine zehntägige Auszeit ein sogenanntes Pflegeunterstützungsgeld gezahlt, um den Lohnausfall in akuten Pflegesituationen abzufangen. 2012 kam das Familienpflegezeitgesetz hinzu, das eine bis zu 24-mon-

natige teilweise Freistellung ermöglicht. Heute gelten beide Gesetze parallel. Entstanden ist ein komplexes, in sich verschränktes System, das als zu bürokratisch kritisiert wird. Immer wieder wird diskutiert, beide Regelungen zu einem einheitlichen Gesetz zusammenzuführen. Dieses Vorhaben enthält auch der aktuelle Koalitionsvertrag von Union und SPD, doch bislang fehlt der politische Konsens. Bleibt die Frage: Wann kommt die große Reform?

Impressum

Perspektiven

ist das vierteljährlich erscheinende Magazin der Metall- und Elektro-Industrie, mit dem die hohe Relevanz der Themen und Argumente der M+E-Industrie für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestellt und in die politische Diskussion eingebracht wird. Das Magazin versteht sich als Plattform für Informationen, Ideen und Meinungen und sucht den Diskurs mit anderen Stakeholdern. Es richtet sich an eine breite Leserschaft in der Politik, den obersten Behörden, Verbänden und der Wissenschaft.

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Gesamtmittel
Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Voßstraße 16, 10117 Berlin
Tel.: 030 55 150-0
E-Mail: perspektiven@gesamtmittel.de
www.gesamtmittel.de

Verlag:

Axel Springer Corporate Solutions GmbH & Co. KG
Axel-Springer-Straße 65
10888 Berlin

Redaktion:

V.i.S.d.P. Martin Leutz (Gesamtmittel), Iris Grundmann (Redaktionsleitung Gesamtmittel), Tim Winter, Helena Rosengrün (Redaktion Axel Springer Corporate Solutions) Amelie König (Projektmanagement Axel Springer Corporate Solutions)

Druck und Vertrieb:

X-PRESS Grafik & Druck GmbH
Nunsdorfer Ring 13
12277 Berlin

ISSN-Nummer:

2703-0717

Fotoredaktion:

Birgit Kohne

Art-Direktion und Layout:

Stefan Semrau
twoType design, Hamburg

Lektorat:

Reiner Klähn

Litho: Image-Pool, Berlin

Herstellung: Silvio Schneider

„Perspektiven“ erscheint viermal jährlich in einer Auflage von rund 3.500 Druck-Exemplaren.

Wenn Sie „Perspektiven“ nicht mehr erhalten möchten, bitte eine kurze E-Mail an: perspektiven@gesamtmittel.de





Quo vadis, Sozialstaat?



»Lassen
wir alles so,
wie es ist,
wird der
Sozialstaat
selbst zum
Sozialfall.«

Peer Steinbrück, 78 Jahre

Er ist ehemaliger Bundesfinanzminister, früherer Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Ex-Kanzlerkandidat der SPD. Heute arbeitet er als Autor, Redner und Berater zu Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Das Zitat stammt aus einem Interview mit der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft.

GESAMT**METALL**

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie